

## Reform der polnischen Postdienste im Rahmen der EU-Richtlinien Konferenz am 21. und 22. April 2008 in Warschau

Organisation und Finanzierung: Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau

### Hauptredner

**Maciej Jankowski**, Unterstaatssekretär des Ministeriums für Infrastruktur

**Bogumił Nowicki**, Sekretariat für Fernmeldewesen NSZZ „Solidarność“

**Sławomir Redmer**, Föderation der Gewerkschaften im Fernmeldewesen, OPZZ

**Maciej Jankowski**, Unterstaatssekretär für Post im Ministerium für Infrastruktur

**Johanna Skuk** (Österreich) als Vertreterin von Rolf Büttner (Welt- und Europapäsident von UNI Post und Logistik, Mitglied des Hauptvorstandes von Ver.di)

**Claus Zanker**, Input-Consulting, Stuttgart

**Alina Kępczyńska**, Leiterin des Büros für Rechtsfragen PPUP Poczta Polska

**Lukasz Zbonikowski**, Sejm-Abgeordneter, PiS

**Sławomir Ulatowski**, Rechtsberater der Verbraucher-Föderation

**Karol Krzywicki**, Direktor der Abt. Postmarkt, Amt für elektrische Kommunikation

**Moderation: Krzysztof Getka**, Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau

### Poczta Polska

105.000 Mitarbeiter

24.000 Briefträger

46 Gewerkschaften: 22.000 Mitglieder in Föderation OPZZ

13.000 in Solidarnosc

6000 in verschiedenen "ZZ Forum"-Gewerkschaften

523 in der Gewerkschaft der Leitungskader

8450 Filialen

50-Gramm-Monopol bis 2011 (verlängerbar bis maximal 2013, unterlaufen von InPost mit Pappkuverts, die 0,12 Zloty kosten und 50 Gramm wiegen)

50 % der polnischen Renten stellt die Post zu (Boten bringen Bargeld)

1,6 Mrd. Briefe und 47 Mio. Päckchen im Jahr 2007 zugestellt

**Inhalt:** Konferenzprotokoll, Präsentationen, Dokumente, Pressemitteilung

Gewerkschaften müssen aktiv mitgestalten ..... 3

Solidarnosc wollte immer Lebensniveau verbessern ..... 3

FES hat große Verdienste für polnische Gewerkschaften .....	4
Poczta Polska in 5 Jahren an der Börse .....	4
UNI Post & Logistics hat Anpassungszeit verlängert.....	4
Österreich.....	8
Schweden.....	9
Liberalisierung und Regulierung des Postmarktes in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten	11
Verwendete Abkürzungen für EU-Länder.....	11
Die Postpolitik der Europäischen Union.....	11
Der Universaldienst in der EU.....	11
Die Finanzierung des Universaldienstes.....	12
Liberalisierung des Briefmarktes in der EU .....	12
Liberalisierung = Wettbewerb? .....	12
Liberalisierung, Regulierung und Wettbewerb.....	13
Marktzutritt: zusätzliche Hindernisse und Netzzugang.....	13
Regulierung des Universaldienstes:.....	14
Regulierung: Zustellhäufigkeit .....	14
Regulierung: Zugangsstellen zum Postnetz.....	14
Regulierung: Zugangsstellen zum Postnetz.....	15
Regulierung: Preisgestaltung des Universaldienstes .....	15
Preisregulierung: Regulierungsintensität.....	15
Gewerkschaftliche Positionsbestimmungen – Themen (1).....	16
Gewerkschaftliche Positionsbestimmungen – Themen (2).....	16
Gewerkschaftliche Positionsbestimmungen – Themen (3).....	17
Formen der Privatisierung.....	17
Thesen zur Privatisierung allgemein.....	17
Varianten, Intensitäten und Mischformen.....	17
Motive für Privatisierung.....	18
Thesen zur Post-Privatisierung .....	18
Privatisierungsplänen mit großer Skepsis begegnen! .....	20
Zweifel an Privatisierung.....	20
Aspekte der Einführung der Post-Direktive.....	21
Welche Änderungen sind für die Poczta Polska am wichtigsten?.....	22
Auferlegung der Pflicht zum Universaldienst.....	22
Methoden .....	22
Finanzierungsmöglichkeiten.....	22
Was muss man wie finanzieren?.....	22
Nettokosten für Universaldienst (Grafik) .....	23
Zugang zu Infrastruktur und Diensten .....	23
Postdienstleister .....	23
Vier mögliche Wege für die Poczta Polska .....	24
Postkonkurrenz und Sahne-Abschöpfer.....	24
Soziale und finanzielle Lage der Poczta Polska .....	24
Österreich: Stellenabbau lief ohne Entlassungen.....	24
Deutsche Post hatte längere Zeit Monopol .....	25
Festnetz-Riese TP SA ist ein negatives Beispiel .....	25
Erwartungen von Bürgergesellschaft und Politik .....	27
Bei Klecker-Firmen Play-or-Pay-Fonds kaum machbar.....	28
Kunden klagen über Unpünktlichkeit.....	28

Schaut UKE bei Machenschaften von InPost nur zu? .....	28
Werkstatt: Dienstag, 22. April 2008, Warschau .....	29
Resolution - Stichworte.....	29
Warum nicht Schocktherapie für die Post?.....	30
UNI Post & Logistic hilft gern mit Spezialisten.....	30
Subunternehmen mindern die Qualität .....	30
Pressemeldung .....	31
Erklärung von Pracownikow PP und Solidarnosc .....	32
Gewerkschaften an den Post-Generaldirektor .....	33
Abschlussworte.....	33

## **Gewerkschaften müssen aktiv mitgestalten**

### **Clemens Rode, Regionalkoordinator für Arbeitsbeziehungen und sozialen Dialog in MOE bei der Friedrich-Ebert-Stiftung:**

Die UNI Post & Logistics ist der größte Gewerkschaftsbund der Welt, in der die Solidarnosc auch Mitglied ist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die älteste politische Stiftung der Welt (gegründet 1925). Sie steht den Gewerkschaften nah und ist seit 1990 in Warschau vertreten, unter anderem, um die Europäisierung zu fördern. Sie unterstützt im Fall von Ukraine und Georgien die EU-Beitrittsvorbereitungen. Wir unterstützen die Zusammenarbeit von Fachgewerkschaften und Betriebsräten. Am 18. Februar 2008 war Rolf Büttner (Welt- und Europapäsident von UNI Post und Logistik, Mitglied des Hauptvorstandes von Ver.di) in Warschau, wo er der Poczta Polska Beratungsdienste und Unterstützung bei der Durchführung der europäischen Richtlinien angeboten hat. Die EU fordert die Öffnung der Märkte. Die Privatisierung läuft unterschiedlich schnell und hat unterschiedliche Folgen. In Polen hat die Globalisierung längst angefangen. Sie brachte nicht immer positive Ergebnisse. Es gibt 166 private Postdienste. Die großen Anbieter in der Welt sind sehr aktiv (UPS, FedEx, DHL). Wir kommen in eine neue Phase der gewerkschaftlichen Mitbeteiligung. Früher haben sie sich darum gekümmert, dass Löhne und Gehälter die Kaufkraft erhalten, um soziale Belange, Ferienheime, Schulbücher und Frauentagsblumen. Jetzt sind Gewerkschaften plötzlich gefordert, um an der Unternehmensstrategie mitzuarbeiten, um sich über wirtschaftliche Entwicklung und Stellung in Polen und auf den ausländischen Märkten Gedanken zu machen. Sie müssen an Erhalt von Arbeitsplätzen und Erarbeitung von Sozialplänen mitwirken. Der Stellenabbau läuft seit Jahren bei europäischen Postgesellschaften. Den muss man sozial gestalten. Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell sieht eine aktive Mitgestaltung an Strategie und Politik der Unternehmen vor. Heute hören wir uns Erfahrungen an: aus Polen und dem restlichen Europa von UNI Post-Fachleuten, Unternehmensberatern, polnischen Sozialpartnern und Verbraucherverbänden. Und von den Kunden, zu denen wir ja alle zählen.

Morgen können wir in Werkstätten Strategien für die nächste Phase entwickeln. Auch Gedanken für das Gesetzesprojekt, das dem Sejm vorliegt. Eine breite Diskussion zwischen Management, staatlichem Eigentümer und Gewerkschaften ist möglich.

## **Solidarnosc wollte immer Lebensniveau verbessern**

**Bogumil Nowicki, Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarnosc bei der Poczta Polska:** Wir können strategische und taktische Aufgaben lösen. Frauentagsblumen sind

nicht unser Ziel. Wir als Gewerkschaftsbund Solidarnosc wollten immer das Lebensniveau der Landsleute erhöhen. Ich verspreche mir von dieser Konferenz sehr viel und hoffe auf ähnliche Absichten der größten Postgewerkschaft (OPZZ). Diese Konferenz ist ein Abschnitt in der weiteren Debatte.

## **FES hat große Verdienste für polnische Gewerkschaften**

**Slawomir Redmer, Föderation der Postgewerkschaften im Fernmeldewesen (Mitglied im OPZZ):** Die Rolle und das Verdienst der Friedrich-Ebert-Stiftung für die polnischen Gewerkschaften sowie die Finanzierung und Initiierung von Treffen sind bedeutend. Z. B. ihre Publikationen auf Polnisch. Letzte Woche hatten wir schwierige Verhandlungen mit der Generaldirektion. Am 22. April 2008 beginnt in dem dafür zuständigen Parlamentsausschuss die Diskussion über das Gesetz zur Post-Privatisierung. Außerdem gehen diese Woche die Lohnverhandlungen weiter. Viele Gewerkschaften stehen in der EU vor großen Problemen. Wir verfolgen auch, was bei Ver.di läuft, die ab dem 2. Mai 2008 wegen der Arbeitszeitverlängerung streiken will.

## **Poczta Polska in 5 Jahren an der Börse**

**Maciej Jankowski, Unterstaatssekretär im Ministerium für Infrastruktur:** Ich kann mir die Erarbeitung und Verabschiedung des Gesetzes nicht ohne sozialen Dialog vorstellen. Die gesellschaftliche Situation ist angespannt. (Für heute war ein Generalstreik angekündigt, 700 PLN bzw. 200 Euro brutto Lohnerhöhung. Die Post will die Gebühren anheben. Unter anderem sollen Sendungen unter 50 Gramm um 5 bis 10 Groschen auf 1,40 bis 1,45 PLN bzw. von 41 auf 43 bis 45 Cent anheben. Dann könnte sie sich die Lohnanhebung leisten und weiterhin Gewinn machen.)

Der polnische Post-Markt ist in seiner vorletzten Liberalisierungsetappe. Die völlige Liberalisierung erfolgt ab 2011 in den meisten EU-Ländern und ab 2013 auch in Polen. Polen will diese zusätzlichen 2 Jahre beanspruchen, in dieser Zeit die Qualität verbessern und sich anpassen. Der Staat muss einen universellen Zugang zu den Postdiensten garantieren und dafür einen Anbieter auswählen. Die Poczta Polska deckt als einzige Gesellschaft das ganze Land ab. Ihre wirtschaftliche Lage ist daher noch nicht gefährdet. Sie soll weiterhin die führende Position behalten bzw. sich als starker Player in andere EU-Länder ausdehnen. Derzeit ist ihre EU-Expansion unmöglich. Man muss seine Ziele hoch stecken. Wir müssen die Poczta Polska so schnell wie möglich in eine AG umwandeln. Sie noch vor der völligen Liberalisierung als AG funktionieren. In vier, fünf Jahren könnte der Börsengang folgen. Ich hoffe auf gute Bedingungen (an der Börse, was für den Emissionswert wichtig ist). Die Regierung hat ein Privatisierungsprojekt erstellt, welches vom Ministerrat abgesegnet wurde. Jetzt ist der Sejm an der Reihe, die Postgewerkschaften und -Manager. Gleich nach Arbeitskampf (um höhere Löhne) sollte man mit den strukturellen Änderungen in der Poczta Polska beginnen.

## **UNI Post & Logistics hat Anpassungszeit verlängert**

Referat: **Johanna Skuk, Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (Österreich)**, seit 36 Jahren Postbeamtin, seit 26 Jahren für Gewerkschaftsarbeit freigestellt: Ich spreche für Rolf Büttner (Welt- und Europapäsident von UNI Post und

Logistik, Mitglied des Hauptvorstandes von Ver.di), der auf einer Konferenz in Amerika ist. **siehe Präsentation pp-080418-uni-postal-skuk-pl**

- Mitglied in UNI Global Union 1000 Gewerkschaften 15 Mio. Mitglieder 140 Länder
- UNI wurde am 1. Januar 2000 gegründet, Sitz: Nyon in der Schweiz

**www.uniglobalunion.org**

- 4 Regionen: Afrika, Amerika, Asien/Pazifik und Europa

**UNI Post & Logistics, Abteilungsleiter: Neil Anderson**  
**neil.anderson@uniglobalunion.org**

### **Aufgaben und Aktivitäten der UNI Post & Logistics**

- 1) Förderung von Zusammenkünften im dreigliedrigen sozialen Dialog, Tagungen der IAO mit Schwerpunkt in Afrika und Osteuropa
- 2) Zusammenarbeit mit dem Weltpostverein
- 3) Interessenvertretung gegenüber IAO, IWF und Weltbank
- 4) Konsultationen mit Arbeitgebern weltweit, z. B. Post Europe und internationale Regulierungsbehörden (CERP)
- 5) Einflussnahme auf GATS-Verhandlungen der WTO
- 6) Koordination und Lobbyarbeit zu den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Postler gegenüber den internationalen Gremien
- 7) Unterstützung von Post- und Logistikgewerkschaften weltweit
- 8) Bildung und Unterstützung gewerkschaftlicher Netzwerke
- 9) Unterstützung der Mitglieder bei Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der Postbetriebe
- 10) Unterstützung der Mitglieder bei Aus- und Fortbildung

### **Ziele der internationalen Zusammenarbeit:**

- erforderlich sind Vereinbarungen zu Konsultations- und Beteiligungsrechten von Gewerkschaften in multinationalen Unternehmen
- Aufbau und Ausbau von Vertretungsstrukturen (EBR und WBR)

### **Monopol und Universaldienst**

Historisch bedingt musste der Postdienst seine Leistungen nie im Wettbewerb anbieten. Das Monopol („reservierter Bereich“) der Postunternehmen war verbunden mit der Verpflichtung, Postdienstleistungen im ganzen Land für alle Bürger zu geringen Kosten zur Verfügung zu stellen („Universaldienst“).

In den 70er Jahren wurden Monopole und der Staat als wirtschaftlicher Akteur zunehmend in Frage gestellt.

Die Liberalisierung wurde in vielen (industrialisierten) Ländern als ordnungspolitisch geboten erachtet.

### **Was waren die Triebkräfte der Liberalisierung?**

Im Postsektor haben verschiedene Faktoren die Liberalisierung vorangetrieben (und tun es immer noch):

- Neo-liberale Wende in der Ordnungspolitik
- Liberalisierungsagenda der supranationalen Organisationen wie OECD, EU, WTO und Weltbank
- Liberalisierung in anderen Sektoren (speziell Telekommunikation)

- Wirtschaftliche Interessen und politische Lobbyarbeit der Express- und Logistikunternehmen sowie der Großversender.

### **Liberalisierung der Postdienste in der Europäischen Union**

**1992 Grünbuch** über Entwicklung d. Binnenmarktes f. Postdienste

**EU-Richtlinien** für Postdienste, die für alle EU-Mitgliedsstaaten rechtsverbindlich sind

**1997** 1. Postdienstrichtlinie 97/67/EG: Das Postmonopol („reservierter Bereich“) wurde für die Universaldienstanbieter auf Briefe bis 350 g beschränkt; Mitgliedsstaaten konnten das Monopol weiter beschränken

**2002** 2. Postdienstrichtlinie 2002/39/EG: reservierter Bereich - Briefe <100 g und

**2006** Briefe <50g

### **Liberalisierung der Postdienste in der Europäischen Union - Aktionsjahr 2007**

Im Oktober 2006 legte die Kommission Pläne vor, die noch bestehenden Postmonopole bis zum 1. Jänner 2009 aufzulösen!!!

Kontroverse Debatten über die volle Marktöffnung und seine Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Post-Universaldienst in der EU waren die Folge.

UNI Europa Post & Logistik hat mit zahlreichen Aktionen protestiert, denn unsere Erfahrungen zeigten:

### **Erfahrungen/Probleme mit der Liberalisierung: Auswirkungen auf Arbeitsplätze**

Seit den 90er Jahren gab es einen Abwärtstrend in Bezug auf die Arbeitsplätze bei den traditionellen Postunternehmen.

Die Restrukturierung der Postunternehmen hatten nicht nur Auswirkungen auf die Anzahl der Arbeitsplätze, sondern auch auf ihre Qualität.

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze bei den neuen Anbietern von Postdienstleistungen konnten den Arbeitsplatzabbau bei den traditionellen Postgesellschaften nicht kompensieren.

Die von den neuen Anbietern geschaffenen Arbeitsplätze waren/sind überwiegend durch Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsbedingungen gekennzeichnet.

Die Mehrheit der neuen Anbieter folgt einem Geschäftsmodell das hauptsächlich auf Kostenvorteilen durch prekäre Beschäftigung basiert.

Bei weiteren Marktanteilsverlusten werden sich die traditionellen Postunternehmen gezwungen sehen, Arbeitsplätze abzubauen.

Wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, besteht die Gefahr, dass der Postsektor in einen Niedriglohnbereich abdriftet, der durch ungeschützte Arbeitsbedingungen gekennzeichnet ist.

Prekäre Arbeitsbedingungen können dann ebenfalls für die traditionellen Postunternehmen zum Problem werden.

Mit der Liberalisierung kommen der Umfang, die Qualität und die Preise des Universaldienstes unter Druck

Klein- und Privatkunden werden bei einer Liberalisierung des Postsektors von steigenden Preisen und einer Verschlechterung der postalischen Versorgung, insbesondere beim Zugang zu Postschaltern und Briefkästen, ausgehen müssen.

Die Vorteile einer Marktöffnung konzentrieren sich fast ausschließlich auf Großversender, die im Zuge des Wettbewerbs bei Massensendungen mit sinkenden Preisen rechnen können.

Ohne den reservierten Bereich kann die Quersubventionierung zwischen profitablen und nicht profitablen Bereichen des Postnetzwerks und somit die Finanzierung des flächendeckenden Universaldienstes nicht garantiert werden.

Verschiedene Methoden, der wettbewerbsneutralen Finanzierung des Universaldienstes (Ausgleichsfonds, Öffentliche Ausschreibung, etc.) haben gemeinsam, dass sie bislang im Postsektor nicht erprobt sind.

Die bislang noch ungeklärten regulatorischen Fragen im Zusammenhang mit der Universaldienstleistung im Wettbewerb müssen unbedingt vor weiteren Liberalisierungsschritten gelöst werden.

Ob mit der Marktöffnung auch wirklich mehr Wettbewerb einhergeht, hängt nicht nur von der Abschaffung oder Einschränkung des Monopols ab.

Dauerhafter Wettbewerb wird nur entstehen, wenn der Markteintritt für neue Wettbewerber ausreichend profitabel ist

Das Beispiel Schweden zeigt, dass Wettbewerb auch ohne Lohn- und Sozialdumping möglich ist.

Tarifverträge mit Wettbewerbern auf gleichem Niveau wie bei der schwedischen Post

### **UNI-Aktionsjahr 2007**

- UNI Post & Logistik Weltkonferenz, Athen, April 2007, Start Postkartenaktion , Start „**Hands off our Postman**“
- UNI fordert Rücktritt von Kommissar Mc Creevy, Mai 07
- UNI „**Briefträgermarsch**“ in Berlin, 30. Mai 2007 (D. hatte Ratspräsidentschaft)
- Europaweiter „**Postaktionstag**“, 6. Juni 2007
- **Resolution** an nationale Regierungen, EU-Kommission, EU-Parlament, Juni 2007
- UNI Delegation trifft MEP Marcus Färber
- Postgewerkschaften **protestieren vor EU-Parlament** in Straßburg, 18. Juni 2007
- J. Pedersen beim EU-Verkehrsausschuss, 19. Juni 2008
- Postsozialdialog – „**Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung des Postsektors**“ wird von UNI und Posteurop unterzeichnet, 22. Juni 2008
- UNI **Protest** wird **EU-Parl.-Präsident Pötering** übergeben, 3. Juli 2007
- UNI Delegation trifft Komm. McCreevy, 3. Juli 2008
- **Demonstration** vor dem **Parlament in Straßburg**, 10. Juli 2007
- **Globaler Aktionstag im Zustelldienst** – UNI u. ITF, 5. Dezember 2007

### **Die Strategie von UNI Europa Post & Logistik war erfolgreich; mit Lobbyarbeit und Aktionen wurde erreicht:**

- die vollständige Liberalisierung wurde auf **2011** bzw. für 11 Mitgliedsstaaten sogar auf **2013** verschoben;
- das EU-Parlament hat in seinen Änderungsanträgen Maßnahmen hinzugefügt, so dass **Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen** nicht untergraben werden können und unter die nationale Gesetzgebung fallen.

**2008** 3. Postdienststrichtlinie: Kompromiss über die weitere Liberalisierung in der EU ab 2009 und die Finanzierung des Universaldienstes außerhalb des Monopols

1. Volle Marktöffnung im Jahr 2011 / 2013

2. Gewährleistung des Universaldienstes

3. Finanzierung des Universaldienstes kann durch folgende Instrumente sichergestellt werden:

- Öffentliche Ausgleichszahlungen durch direkte staatliche Beihilfen

- Öffentliche Ausschreibung
- Ausgleichsfonds
- Flankierende soziale Maßnahmen

### **Schlussfolgerungen**

1 Eine gewerkschaftliche Positionsbestimmung zur Regulierungspolitik im Postsektor wird folgenden Kriterien vorrangig Rechnung zu tragen haben:

- Erhaltung einer größtmöglichen Anzahl „anständiger“ Arbeitsplätze
- Sicherung eines modernen, qualitativ hochwertigen Universaldienstes

2 Ausgehend von diesen Kriterien müssen Gewerkschaften den Fragen der Regulierung

- des Marktzutritts und
- des Universaldienstes besondere Beachtung schenken.

### **Nationale Handlungsspielräume und Herausforderungen**

Wahrung der sozialen Bedingungen bei den traditionellen Postbetreibern u. Ausdehnung dieser Bedingungen auf den gesamten Sektor

Lizenzvergabe an soziale Bedingungen (Arbeitsbedingungen, Einkommen, ...) knüpfen

Verhandlung v. Branchentarifverträgen, Mindestlohn

Konsequenzanalyse

Klärung/Sicherung d. Finanzierung d. Universaldienstes

Mit Regulator Umsetzung der PostRL, Postgesetz, Universaldienstverordnung vorbereiten

Lobbyarbeit bei Politik, Wirtschaft und Sozialpartner

### **Unterstützung durch UNI**

Sozialdialog verstärkt fortführen

Gute Arbeitsbeziehung zum Weltpostverein nutzen

Arbeitsplatzsicherheit, Verhinderung von Sozialabbau weiter in den Mittelpunkt stellen

Gewerkschaften bei Regulierungskämpfen u. Lobbyarbeit unterstützen, Infos bereitstellen

Grundsatzentscheidungen im Postsektor international beeinflussen – bei Weltbank, IWF, WTO, ...

Organisierung multinationaler Unternehmen fortführen

Globale Rahmenabkommen

Unterstützung bei der Errichtung europäischer Betriebsräte

Informationsaustausch (z. B. Gespräche mit UNI-Präsidenten, Workshops, Grenzländertreffen)

## **Österreich**

Die ganze Liberalisierungsgeschichte verursacht seit den 90er Jahren einen Abwärtstrend. Es gab immer weniger Arbeitsplätze. Die Österreichische Post hat von 2004 bis 2007 etwa 2000 Beschäftigte verloren und 900 Postämter geschlossen. Sie ist jetzt an der Börse notiert.

Die vermeintlich neu geschaffenen Arbeitsplätze bei den Privaten waren mit Job-Abbau in traditionellen Postunternehmen begleitet. Viele neue Jobs bei den Privaten sind gekennzeichnet durch Niedriglöhne und prekäre Bedingungen. Die Mehrheit neuer Anbieter führt den Wettbewerb nicht um Qualität, sondern um schlechte

Arbeitsbedingungen. Traditionelle Postunternehmen verlieren Marktanteile. Wir haben Angst, dass der gesamte Postsektor in den Niedriglohnbereich abdriftet.

Entlohnung im Postsektor lag im guten Mittel. Das ist jetzt nicht mehr so. Vollarbeitsplätze nehmen ab. 50 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit. Man muss etwas dagegen tun.

Zweiter Nachteil: Der Universaldienst ist in Bezug auf Umfang, Qualität und Preis unter Druck gekommen. Klein- und Privatkunden müssen mehr zahlen und werden schlechter versorgt, wenn wir nicht vorsorgen. Die Zahl der Briefkästen und Postschalter geht zurück. Vorteile haben fast ausschließlich die Großversender. Ohne reservierten Bereich ist die Finanzierung des flächendeckenden Universaldienstes nicht garantiert. Die Kommission schlägt Ausgleichsfonds und öffentliche Ausschreibungen vor - was auf dem Markt nicht erprobt ist. Diese organisatorischen Sachen werden die meiste Verhandlungszeit kosten.

Mit der Marktöffnung allein geht nicht automatisch mehr Wettbewerb einher. Monopol abschaffen reicht nicht. Wettbewerb entsteht dort dauerhaft, wo es für die neuen Wettbewerber wirklich profitabler ist. 50 % der österreichischen Haushalte sind auf dem Land. Die neuen Anbieter interessieren sich für Städte und Ballungsräume. Dieser Marktzugang muss festgelegt werden.

Wir verhandeln neues Postgesetz und den Zugang zum Postvertriebsnetz. Es gibt eine Zusammenarbeit bzw. Info-Austausch zwischen Österreich und Ungarn.

## **Schweden**

Schwedens Postmarkt ist seit 1993 liberal. Dort sieht man:

Wettbewerb muss nicht mit Lohn- und Sozialdumping einhergehen.

Tarifverträge werden bei Privaten so wie bei Schwedischen Post ausgehandelt.

**Clemens Rode, FES:** Polnische Post will auch ins Ausland gehen. Die Postbank hat konkrete Projekte für Ukraine. Laut Gewerkschaften gibt es längst strategische Überlegungen und ein Denken in unternehmerischen Kategorien.

Dozent der SGH: Wir haben Untersuchungen zu Polnischen Staatsbahn PKP und zur Kohle-Privatisierung gemacht. Meine Fragen:

1. Wie beeinflussen Gewerkschaften das Gesetz dazu?
2. Wie viele Werkstätten wollen Postgewerkschaften für andere Länder organisieren?

**Maciej Jankowski**, Unterstaatssekretär für Post im Ministerium für Infrastruktur: Die Regierungen haben schon unter den Premiers Marek Belka, Kazimierz Marcinkiewicz, Jaroslaw Kaczynski und Donald Tusk am Gesetz gearbeitet. Jetzt ist der Sejm an der Reihe. Auf allen Ebenen werden Gewerkschaften aktiv mitmachen. Bis ins Detail.

**Johanna Skuk** (Österreich): Wir können uns nicht nur für die Beschäftigten einsetzen. Auch die Universaldienst-Geschichte und die wirtschaftlichen Fragen sind wichtig. Erstes Ergebnis nach 15 Jahren Liberalisierungsgeschichte: keine spontane Marktöffnung. Wir konnten sie noch einmal von 2009 auf 2011/2013 hinausschieben. Auch Verbraucherschützer haben das unterstützt.

**Slawomir Redmer**, Föderation der Gewerkschaften im Fernmeldewesen, OPZZ: Die Konzepte der (im Herbst 2007 abgewählten Regierung Jaroslaw Kaczynski) und seines Nachfolgers Donald Tusk sind identisch. Nur bei der Aufsicht unterscheiden sie sich

(Infrastruktur- oder Schatzministerium). Die Gewerkschaften sind frustriert. Wir haben ein mehrseitiges Gutachten erstellt, das die Politik völlig ignoriert hat. Polnische Gewerkschafter (Berufsgewerkschafter) haben kaum Möglichkeiten für wissenschaftliche Arbeiten (Gardawski ist eine positive, sehr aktive Ausnahme). Kosek, Frau Kowa. In den letzten Jahren wenig Veröffentlichungen. Ausländische Publikationen viel häufiger Elisabeth Dahne. Bei den Gewerkschaften in der alten EU ist vieles ganz anders als in Polen: Herkunft, Ethos, Formierung und Bedingungen. Wir haben weiterhin große Kommunikationsprobleme untereinander.

**Ryszard Henkiewicz; Forum ZZ:** Die europäischen Post-Unternehmen hatten ganz andere Bedingungen. Die polnische Post durfte nicht staatlich finanziert werden. Wir können kein Geld vom Staat nehmen wie einst die deutsche Post. So entstehen Lohn-Konflikte.

**Johanna Skuk:** Polen sollte die völlige Marktliberalisierung frühestens 2013 zulassen. Gegen unfairen Wettbewerb durch neue Anbieter kann man nicht nur mit Gesetzen vorgehen. Mir wurde vielfach aus Tschechien und Kroatien berichtet, dass es zu wenig Regulierung und zu wenig Kontrolle für diese Regulierungen gibt. Natürlich müssen die postkommunistischen Länder technisch neu organisiert werden. Unsere österreichischen Briefverteilungszentren werden von der Post geleast. Wenn wir unser Netz für private öffnen müssen, wäre das abartig. Das muss man regeln und finanziell unterstützen. Private Anbieter dürfen nicht das ganze Umfeld der traditionellen Postunternehmen zerstören.

**Clemens Rode:** Wie kann man private Universaldienstanbieter stützen? Z. B. durch Steuererleichterungen.

**Joanna Skuk:** So genannte Ausgleichfonds (Post und Private zahlen ein, damit davon der Unversaldienst gesichert wird) halten Gewerkschaften nicht für machbar. Wie verpflichte ich jene, die nicht Universaldienste leisten, dort einzuzahlen? (Die beschwerten sich dann, dass das zu teuer und uneffektiv gemacht werde.) Auch in Österreich werden wir nicht mehr viel Geld vom Staat bekommen. Meiner Meinung nach muss man Lizenzen an Bedingungen knüpfen. Wenn ein Privater Postdienst z. B. einen Stadtbezirk bekommt, muss er auch die Versorgung in einem bestimmten ländlichen Gebiet abdecken.

**Bogumil Nowicki, Solidarnosc:** Unsere Gewerkschaft hat auf ihre Vorschläge von drei Regierungen drei Absagen bekommen. Vor drei Wochen gab es die Insolvenz-Diskussion in Bezug auf die Post. 260 Sejm-Abgeordnete waren dafür, dass Staatsunternehmen in Insolvenz gehen können. (Staat kann z. B. ein Krankenhaus schließen, wenn er nicht die Löhne der Ärzte anheben will.) Die Anbieter verletzen das Post-Recht, was die Regierung als unternehmerische Attraktivität auslegt. Ich nenne das einen zivilisatorischen Angriff (Künstliche Briefbeschwerung zum Unterlaufen des 50-Gramm-Monopols.) Tricks. Nach einem Insolvenzantrag würde die Post schwerer Kredite bekommen. Und das ist dann ein Argument für die Privatisierung, weil diese die Kreditfähigkeit der Poczta Polska erhöht.

**Niszwicki, Bogdan: ZZ:** Sollte man die 3. Direktive nicht ganz sein lassen, weil sie nur Nachteile bringt: Löhne und Qualität drohen zu sinken.

**Johanna Skuk:** Liberalisierung funktioniert nur, wenn alle Anbieter zu gleichen Bedingungen (Zutritt) arbeiten. Bestimmungen müssen kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden - von der Geldstrafe bis zum Lizenzentzug. In Österreich haben sich

die Bedingungen für die Mitarbeiter und die Bevölkerung verschlechtert. Die Leute haben weitere Wege zum Postamt. Schon vor der Liberalisierung des polnischen Marktes für Postdienste müssten solche Details geklärt werden! Nordeuropa kann gut mit seinem liberalen Markt leben. Der Süden fordert dafür mehr Zeit.

## **Liberalisierung und Regulierung des Postmarktes in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten**

**Claus Zanker, Input-Consulting Stuttgart:** Wir stehen auf Seite der Gewerkschaften und haben für sie viele Studien angefertigt. Wir sind eine Tochter der Gewerkschaft Verdi, für die wir vorwiegend arbeiten. Es geht um die Entwicklung der Märkte. Wir beraten bei der Telekom- und Postsektor-Privatisierung. Daher haben wir eine vergleichende Studie über die Regulierungspolitiken in 15 EU-Staaten einschließlich MOE und Polen verfasst.

**siehe Power-Point-Präsentation:**

**Liberalisierung-Post-InputConsulting-FES\_Warschau\_21042008\_DE**

[www.input-consulting.com](http://www.input-consulting.com)

### **Verwendete Abkürzungen für EU-Länder**

Österreich (AT)	Belgien (BE)	Tschechien (CZ)	Deutschland (DE)
Dänemark (DK)	Spanien (ES)	Finnland (FI)	Frankreich (FR)
Irland (IE)	Italien (IT)	Litauen (LT)	Niederlande (NL)
Polen (PL)	Portugal (PT)	Schweden (SE)	Slowakei (SK)
Großbritannien (UK)	Ungarn (HU)		

### **Die Postpolitik der Europäischen Union**

■Ziele: Öffnung des Postmarktes für den Wettbewerb zur Vollendung des EU-Binnenmarktes; Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Universaldienstes

■Realisierung: Liberalisierung des Briefmarktes in der EU durch schrittweise Reduzierung des Monopols („reservierbarer Bereich“) für Universaldienstanbieter

→Sicherstellung des Universaldienstes und eines funktionsfähigen Wettbewerbs durch Regulierung

Vor der 1. Richtlinie gab es diesen Universaldienst nicht in allen Ländern.

### **Der Universaldienst in der EU**

**Artikel 3 Postdienst-Richtlinie der EU 97/67/EG gilt noch teilweise:**

■“1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass den Nutzern ein Universaldienst zur Verfügung steht, der ständig **flächendeckend** postalische Dienstleistungen einer **bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen** für alle Nutzer bietet.

■2. Zu diesem Zweck sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die Dichte der Abhol- und Zugangspunkte den Bedürfnissen der Nutzer entspricht.

■3. Sie tragen dafür Sorge, dass der (die) Anbieter der Universaldienstleistungen an allen Arbeitstagen, **mindestens aber an fünf Tagen pro Woche** ... mindestens folgende Leistungen gewährleisten:

■- eine **Abholung**;

■- eine Hauszustellung an jede natürliche oder juristische Person...”

- In bestimmten Ländern gab es Zustellpunkte, wo man seine Post abholen musste

- In den USA gibt es zentrale Briefkästen

### **Die Finanzierung des Universaldienstes**

■Bis 2010: Finanzierung des Universaldienstes durch reservierten Bereich durch (staatliches) Monopol seit 1997. EU hat das Monopol schrittweise reduziert.

→„Soweit es für die Aufrechterhaltung des Universaldienstes notwendig ist, kann jeder Mitgliedstaat folgende Dienste für den (die) Anbieter von Universaldienstleistungen reservieren: Abholung, Sortieren, Transport und Zustellung von Inlandsbriefsendungen, ..., mit einem Gewicht von weniger als ...Gramm“ (Art. 7 EU-Richtlinie 97/67/EG)

■Ab 2011/2013: Finanzierung des Universaldienstes durch „marktkonforme Mechanismen“ im Wettbewerb

→„Die Mitgliedstaaten gewähren für die Einrichtung und die Erbringung von Postdiensten keine ausschließlichen oder besonderen Rechte mehr und erhalten diese auch nicht mehr aufrecht. Die Mitgliedstaaten können die Bereitstellung der Universaldienste unter Anwendung eines oder mehrerer der ... genannten Verfahren oder anderer, mit dem Vertrag in Einklang stehender Verfahren finanzieren. (Art. 7 EU-Richtlinie 2008/6/EG)

### **Liberalisierung des Briefmarktes in der EU**

■Schrittweise Öffnung des Briefmarktes von 2000 – 2011/2013

→1998: Einschränkung des reservierbaren Bereichs für Sendungen bis 350 Gramm und dem fünffachen Basistarif (EU-Postrichtlinie 97/67 EG)

→2002: Weitere Reduzierung des reservierten Bereichs für Postsendungen bis 100 Gramm sowie ab 2006 bis 50 Gramm (EU-Postrichtlinie 2002/39/EG)

→Vollständige Marktöffnung zum 01.01.2011 (EU-Postrichtlinie 2008/6/EG)

→Übergangsregelung bis 2013 für 11 EU-Mitgliedstaaten: Tschechien, Griechenland, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei

⊕Vorzeitige bzw. umfangreichere Liberalisierung des Briefmarktes in 7 Mitgliedstaaten

⊕Komplette Marktöffnung in: Schweden (seit 1993), Finnland (1994), Estland, Großbritannien (2006), Deutschland (2008), Niederlande (geplant in 2008)

⊕Vollständige Liberalisierung des innerstädtischen Briefverkehrs in Spanien (seit 1964)

### **Liberalisierung = Wettbewerb?**

■Die rechtliche Liberalisierung des Postmarktes hat nicht zwangsläufig die Entstehung von Wettbewerb zur Folge. Zu klären ist: Müssen neue Wettbewerber ein Netz aufbauen oder können sie ein bestehendes nutzen (Netzzugang)?

■Das Entstehen tatsächlicher Konkurrenz im Briefmarkt wird vor allem bestimmt:

- Umfang der Marktöffnung, Möglichkeit von Konkurrenz innerhalb der Gewichtsgrenzen des reservierbaren Bereichs
  - Existenz von (regulatorischen) Markteintrittsbarrieren für neue Wettbewerber
  - Regulierung und Konditionen des Netzzugangs für Wettbewerber des Incumbents
  - Obwohl die rechtliche Anpassung des Monopolbereichs an die Vorgaben der EU-Richtlinien in allen EU-Staaten erfolgt ist,
    - gibt es Länder, in denen trotz rechtlicher Abschaffung des reservierten Bereichs kein Wettbewerb im Briefmarkt herrscht – Beispiel Finnland.
    - gibt es Länder, in denen trotz rechtlicher Beibehaltung des reservierten Bereichs realer Wettbewerb im Briefmarkt herrscht, – Beispiel Niederlande, Deutschland (vor 2008)
      - In Deutschland muss die Deutsche Post AG Zugang zum Netz erlauben.
      - In Großbritannien ist der Netzzugang sehr attraktiv gestaltet, alle nutzen das Netz von Royal Mail (30 bis 40 % des Sendevolumens ging von Royal Mail an Private).
- Es gibt Länder, wo trotz Abschaffung des Monopols kein Wettbewerb herrscht, z. B. in Finnland. Denn die Anbieter müssen auch ländliche Bereiche mit versorgen, ansonsten sind hohe Strafen fällig. Versuche sind dort gescheitert. In Estland ebenfalls. In Holland gibt es Monopolrechte UND Wettbewerb (mit bis zu 10 % Anteil). Z. B. Sendungen unter 50 g mit Sendungsverfolgung fallen nicht unter das Monopol. In Holland kann jeder ohne Lizenz aktiv werden.

## ***Liberalisierung, Regulierung und Wettbewerb***

### **Marktzutritt: Anforderungen an neue Anbieter**

- Hohe Anforderungen
  - Hohe einmalige oder laufende Lizenzgebühren, Abdeckung von ländlichen Bereichen („Play-or-Pay“: Wer bestimmte Dienste nicht leistet, muss eine Gebühr bezahlen, für die andere Anbieter diese Dienste erbringen können.), Vorgaben zur Zustellqualität
  - BE, FI, IE, IT, PT, HU, LT*
- Mittlere Anforderungen
  - z.B. Vorlage von Business-, Finanz-, Investitionsplänen, Nachweis finanzieller Sicherheiten, Vorgaben zur Rekrutierung und Ausbildung von Personal, Installierung eines Beschwerdemanagements, Möglichkeit der Verpflichtung zur Universaldienstleistung
  - FR, UK, AT, PL, SE, ES, SK*
- Niedrige Anforderungen
  - Geringe oder keine Lizenzgebühren, nur allgemeine Anforderungen an Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit
  - CZ, DK, NL, DE*

### ***Marktzutritt: zusätzliche Hindernisse und Netzzugang***

- Zusätzliche Markteintrittsbarrieren
  - alleinige „Schlüsselgewalt“ für Empfängerbriefkästen (*FR, AT, PL*)
  - Nicht-Existenz eines Postleitzahlensystems in Irland. Nur die Boten der irischen Post finden die Kunden. Daher sollen dort jetzt PLZ eingeführt werden.
  - staatliche Subventionen an den Incumbent für die Zustellung von Zeitungen (*BE, DK*).
- Regulierung und Konditionen des Netzzugangs für Wettbewerber

- Art des Marktzutritts neuer Anbieter wird wesentlich durch Regulierungsentscheidungen beeinflusst.
- End-to-End-Wettbewerb
- Wettbewerb auf Basis von Netzwerkzugang („Downstream Access“)
- Mit dem Zugang zum Netzwerk des Incumbents können neue Anbieter auch ohne eigenes Zustellnetzwerk und mit nur geringen Investitionen im Postmarkt aktiv werden.

### **Regulierung des Universaldienstes:**

#### **Umfang**

- Mindestangebot des Universaldienstes
  - Postsendungen bis 2 kg
  - Paketsendungen bis 10 kg
  - Dienste für Einschreiben und Wertsendungen
- Trotz der EU-weiten Harmonisierung des Universaldienstangebots divergiert dieses zwischen den Mitgliedstaaten beträchtlich:
  - Universaldienstangebot oberhalb der Mindestvorgaben der EU:
    - z.B. Blindensendungen, Post-Zahlungsanweisungen, Nachnahmesendungen, Eilzustellung
    - AT, DE, DK, HU, ES, PL, SE
  - Universaldienstangebot unterhalb der EU-Vorgaben:
    - z.B. keine Pressesendungen im Universaldienst
    - CZ, LT, SK, FI, UK, IT, NL, PL
  - Universaldienstangebot entspricht den EU-Vorgaben:
    - BE, FR, IE, PT

### **Regulierung: Zustellhäufigkeit**

<b>6 Arbeitstage pro Woche</b>	<b>DE, DK1), FI, ES2), FR, HU, IT2), NL, PT, UK</b>
<b>5 Arbeitstage pro Woche</b>	<b>AT, BE, CZ, IE, LT3), PL, SE, SK</b>

1) Nur Briefpost

2) de jure 5 Arbeitstage pro Woche, de facto 6 Arbeitstage pro Woche

3) In Städten Zustellung an 6 Wochentagen

### **Regulierung: Zugangsstellen zum Postnetz**

- Hohe Anforderungen
  - Dichte des Postfilialnetzes wird durch detaillierte Vorgaben zur Anzahl (Mindestanzahl, Anzahl pro Gemeinde) und Verteilung (Zugangspunkte pro Einwohner oder Fläche) der Annahmestellen geregelt
  - DE, HU, LT, PL
  - Keine Dichtkriterien, aber umfassende Eingriffsrechte der Regulierungsbehörde bei Veränderungen im Postfilialnetz
  - AT, PT, SE
  - Hohe struktur- und regionalpolitische Anforderungen an Dichte des Postfilialnetzes und/oder umfassende Beteiligungsrechte der Regional- und Kommunalpolitik
  - AT, FR

- Zusätzliche Auflage zum Erhalt eigenbetriebener Annahmestellen
- *BE, DE, NL*

### **Regulierung: Zugangsstellen zum Postnetz**

- Mittlere Anforderungen
  - Vergleichsweise großzügige (Entfernungs)Kriterien
  - *UK, DK, FI, CZ, SK*
- Geringe Anforderungen
  - Keine Dichtekriterien, kaum Einflussmöglichkeiten der Regulierungsbehörde
  - *IT, IE, ES*
- Fast alle Universaldienstanbieter möchten die Kosten des Postfilialnetzes reduzieren.
  - In den meisten Ländern wurde die Zahl der Postfilialen auf das Mindestmaß verringert
  - In fast allen Mitgliedstaaten werden - sofern zulässig - zunehmend Postfilialen des Incumbents durch externe Postagenturen ersetzt

### **Regulierung: Preisgestaltung des Universaldienstes**

- In allen untersuchten Ländern gelten für die meisten Universaldienstleistungen landesweit einheitliche Preise („Tarifeinheit im Raum“)
- Alle untersuchten EU-Mitgliedstaaten haben den Incumbent zur Beachtung der Prinzipien der Erschwinglichkeit und der Kostenorientierung bei der Preisgestaltung für Universaldienstleistungen verpflichtet.
- Dem Grundsatz der Erschwinglichkeit wird in den meisten der untersuchten EU-Mitgliedstaaten durch die Festlegung von Preisobergrenzen für Universaldienstleistungen Rechnung getragen
  - Preisobergrenzen für den gesamten Universaldienst
  - *BE, CZ, IT, LT, NL, UK, FR, SK*
  - Preisobergrenzen für Teile des Universaldienstes
  - *DK, PT, IE, AT, ES, HU* (alle reservierter Bereich), *SE* (Einzelbriefsendungen bis 500 g), *DE* (Briefe bis 1000 g)

### **Preisregulierung: Regulierungsintensität**

<b>Hohe Intensität*</b>	<b>DE, IT, UK</b>
<b>Mittlere Intensität</b>	<b>AT, BE, CZ, DK, ES, FR, IE, HU, LT, NL, PT, SE, SK</b>
<b>Geringe Intensität</b>	<b>FI, PL</b>

\*) Umfang der ex-ante Regulierung über reservierten Bereich hinaus, geringe Preisgestaltungsspielräume

### **Umfang, Verfahren, Gestaltungsspielraum**

- Umfang der Preisregulierung
  - Preisregulierung ex-ante für gesamten Universaldienst (z.B. *IT, UK*)
  - Preisregulierung ex-ante für reservierten Bereich, Preiskontrolle ex-post für Universaldienst im Wettbewerb (z.B. *AT, DK, HU, IE, PT*)
- Verfahren der Preisregulierung
  - Preisobergrenze (Price Cap)

- Einzelgenehmigung
- Preisgestaltungsspielraum
- Price Cap orientiert am Preisindex (z.B. BE, FR, HU, NL, SE, ES)
- Price Cap orientiert sich am Preisindex abzüglich Produktivitätsfortschritt (X-Faktor) (DE, DK, PT, UK, IT)
- Preisgestaltungsspielraum ist Abhängig vom Erreichen bestimmter Qualitätsvorgaben (BE, IT, UK, PT,)

### **Gewerkschaftliche Positionsbestimmungen – Themen (1)**

- Erhaltung einer größtmöglichen Anzahl „anständiger“ Arbeitsplätze
- Verhinderung von Lohndumping durch preisliche Unterbietungskonkurrenz
- Möglichkeiten zur soziale Flankierung des Liberalisierungsprozesses gemäß EU-Richtlinie 2008/6/EG:
  - Die Bewilligung einer Lizenz für Briefdienstleistungen „kann gegebenenfalls von den in den nationalen Rechtsvorschriften festgelegten Arbeitsbedingungen abhängig gemacht werden oder eine Verpflichtung zu deren Einhaltung auferlegen“ (Art. 9, EU-Richtlinie 2008/6/EG)
  - „Grundanforderung“ für die Erbringung von Postdiensten ist u.a. „die Beachtung von Beschäftigungsbedingungen und Systemen der sozialen Sicherheit, die gemäß den gemeinschaftlichen und nationalen Rechtsvorschriften durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften und/oder Tarifverträge, die zwischen den nationalen Sozialpartnern ausgehandelt wurden“ (Art. 1 Nr. 19 / Art. 9 Abs. 1 + 2, EU-Richtlinie 2008/6/EG)

### **Gewerkschaftliche Positionsbestimmungen – Themen (2)**

- Universaldienst und Wettbewerb
- *(Themen und entsprechende Regelungen der EU-Richtlinie)*
  - Umfang und Qualität des Universaldienstangebots
  - (Erwägungsgründe 20, 30, 54 EU-Richtlinie 2008/6/EG)
  - Universaldienstleistungen über Mindestangebot hinaus (Postanweisungen, Rentenzahlungen)
  - Aufrechterhaltung von ausreichend Postämtern vor allem im ländlichen Raum
  - Gewährleistung des Universaldienstes und seiner Finanzierung (Art. 7, EU-Richtlinie 2008/6/EG)
  - Öffentliche Ausschreibung von Universaldienstleistungen
  - Ausgleichszahlungen für Universaldienstkosten aus öffentlichen Mitteln
  - Ausgleichsfonds mit finanziellen Beiträgen von Postdiensteanbietern und/oder Nutzern
  - Preisregulierung (Art. 12, EU-Richtlinie 2008/6/EG)
  - Preise müssen kostenorientiert sein und Anreize zur Erbringung einer effizienten Universaldienstleistung geben.
  - Einheitstarif für Einzelbriefsendungen

## **Gewerkschaftliche Positionsbestimmungen – Themen (3)**

→ Öffnung des Zugangs zum Postnetz für Wettbewerber und Gestaltung der Zugangskonditionen

(Art. 11 / 11a, EU-Richtlinie 2008/6/EG)

• Zugang zum Postnetz für Wettbewerber derzeit nicht verpflichtend gemäß EU-Richtlinie 2008/6/EG, aber zur Förderung eines effektiven Wettbewerbs auf nationaler Ebene rechtlich zulässig.

• Zugang der Wettbewerber zu Komponenten der postalischen Infrastruktur soll ermöglicht werden:

• z.B. Postleitzahlensystem, Adressendatenbank, Hausbriefkästen, Postfächer, Information über Adressänderungen, die Umleitung von Sendungen und die Rückleitung an den Absender. (Ende der Präsentation von Claus Zanker)

Trotz Wettbewerb müssen möglichst viele anständig bezahlte Stellen da sein. In Deutschland ist die Lage prekär. Liberalisierung kann von sozialen Bedingungen abhängig gemacht werden. Das funktioniert in der Schweiz, in Deutschland nicht.

## **Formen der Privatisierung**

**Beata Phanthong (spricht Polnisch), kommt von Ver.di in Stuttgart, Fachbereich 10 Internationale Arbeit**, wo Postdienste organisiert sind. Ersatz für Michael Schwemmler, Input-Consulting Stuttgart: Die Privatisierung fing vor 25 Jahren unter Margaret Thatcher an. Die deutschen Gewerkschaften sehen die Privatisierung negativ. Jüngstes Problembeispiel: Deutsche Bahn AG.

## **Thesen zur Privatisierung allgemein**

Privatisierung ist auch nach einem Vierteljahrhundert noch immer ein kontroverses politisches Projekt, das unterschiedlichen Akteuren Unterschiedliches bedeutet.

**Die positive Sicht:** Privatisierung als Instrument zur Befreiung von staatlicher Bevormundung und zur Steigerung der Effizienz wichtiger Unternehmen

**Die negative Sicht:** Privatisierung als Kernelement neoliberaler Strategien zur Zurückdrängung eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors

**Eine neutrale Sicht - und allgemeine Definition:** Privatisierung als „Ausweitung der produktiven Rolle der Privatwirtschaft gegenüber dem Staat“ (von Weizsäcker u. a.: Grenzen der Privatisierung, Stuttgart 2006)

## **Varianten, Intensitäten und Mischformen**

**Funktionale Privatisierung:** Beauftragung privater Unternehmen mit der Erledigung staatlicher Aufgaben (Outsourcing)

**Formelle Privatisierung:** Umwandlung staatlicher Unternehmen in Unternehmen privater Rechtsform (AG, GmbH ...)

**Materielle Privatisierung:** Verkauf staatlicher Eigentumsanteile an Private (Privatisierung im engeren Sinn)

**Partielle Privatisierung:** Teilprivatisierung staatlicher Unternehmen (z. B. Postbank)

Privatisierung ist sorgfältig von Liberalisierung zu unterscheiden – und doch eng mit dieser verknüpft. Liberalisierung hat zunächst nichts mit staatlichen bzw. privaten Rechtsformen und Eigentumspositionen zu tun, sondern meint „nur“ die Einführung oder Ausweitung von Wettbewerb.

**Privatisierung wg. Liberalisierung:** Prinzipiell kann ein rein staatliches Unternehmen auf liberalisierten Märkten mit Privaten konkurrieren – faktisch erhöht die Wettbewerbsöffnung den Privatisierungsdruck.

Prinzipiell kann ein privatisiertes Unternehmen über Monopolrechte verfügen – faktisch begegnet es jedoch erheblichen Vorbehalten.

### ***Motive für Privatisierung***

Sie werden mehr oder weniger offen kommuniziert.

Ideologische Motive: Reduzierung staatlichen Einflusses als Ziel „per se“

Fiskalische Motive: Stützung staatlicher Haushalte durch Verkaufserlöse

Ökonomische Motive (für Unternehmen): Verbesserung von Kapitalausstattung und Effizienz

Machtpolitische Motive: Schwächung der – im öffentlichen Sektor traditionell starken – Gewerkschaften

Gesellschaftspolitische Motive: Schaffung eines Volkskapitalismus durch Volksaktien

### ***Thesen zur Post-Privatisierung***

**Die Privatisierung von Postunternehmen ist meist kein einmaliger Akt, sondern hat eine Reihe von Vorstufen ...**

- Trennung von Post und Telekommunikation
- Herauslösung der Postverwaltung aus unmittelbarer ministerieller Leitungsverantwortung in eine eigenständige Postbehörde
- Umwandlung der Postbehörde in Staatsunternehmen mit öffentlicher Rechtsform
- Einführung privatwirtschaftlicher Methoden (z.B. in der Rechnungslegung), Strukturen und Orientierungen („Kommerzialisierung“)

#### **... und Teiletappen.**

- Umwandlung in Unternehmen mit privater Rechtsform (Stufe 1 – formelle Privatisierung)
- Verkauf staatlicher Anteile (materielle Privatisierung)
- Minderheitsanteile privater Eigentümer, staatliche Kapitalmehrheit (Stufe 2)
- Mehrheitsanteile privater Eigentümer, staatliche Sperrminorität oder Sonderrechte (Stufe 3)
- Mehrheitsanteile privater Eigentümer ohne staatliche Sperrminorität bzw. ausschließlich private Eigentümer (Stufe 4)

**Wichtigstes kommuniziertes Ziel der Privatisierung von Postunternehmen ist die Steigerung von deren Wettbewerbsfähigkeit.**

- Erhöhung der internationalen Expansions- und Anschlussfähigkeit
- Verbesserung der Kapitalausstattung, u. a. durch
- Börsengänge
- Einstieg von (Finanz-) Investoren
- Erschließung von privatwirtschaftlichem Management-Know-How

- Steigerung der Effizienz, u. a. durch
- „wettbewerbsfähige“ Beschäftigungsbedingungen
- „Verschlankung“
- privatwirtschaftliche Unternehmensstrukturen und -prozesse

**Materielle Privatisierung ist im Postsektor – anders als in der Telekommunikation – nach wie vor die Ausnahme, längst nicht die Regel.**

- In den G7-Staaten ist die materielle Privatisierung der Post nur in Deutschland realisiert und in Japan eingeleitet – nicht dagegen in den USA oder im Vereinigten Königreich, das ansonsten eine internationale Vorreiterrolle bei der Privatisierung einnimmt.

- In der EU ist die materielle Privatisierung der Post in 6 von 25 Staaten realisiert:

- auf Stufe 2 in Belgien, Dänemark, Österreich, Malta
- in Schweden angekündigt (Fusion Posten AB / Post Danmark)
- auf Stufe 3 in Deutschland
- auf Stufe 4 in den Niederlanden

- Die EU-Postdienststrichtlinien verlangen „nur“ die Liberalisierung, nicht die Privatisierung; eine „golden share“ ist laut EuGH (TNT 2006) nicht zulässig.

**Die Privatisierung von Postunternehmen begegnet nach wie vor erheblichen Bedenken in Bezug auf strukturell bedingte, kaum vermeidbare Problemzonen.**

- Gewünschter Wandel der „genetischen Disposition“ des Unternehmens: Rendite statt Gemeinwohl als Maxime

- Unumgängliches Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen (gute Postversorgung, hoher Beschäftigungsstand) und Aktionärsinteressen (maximale Verzinsung des eingesetzten Kapitals)

- Zwingende Notwendigkeit der vorrangigen „Bedienung“ der Shareholder (Dividende) – im Zweifel zu Lasten von Investitionen und anderen Zukunftsaufgaben

- Geforderte Effizienzsteigerung – auch durch

- Einschränkung bzw. Verteuerung kostenträchtiger (Universal-)Dienstleistungen
- Personalabbau, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen

**Eine Bilanz der Privatisierung von Postunternehmen ist im Grunde nur für TNT und die Deutsche Post möglich. Sie fällt – je nach Perspektive – „gemischt“ aus.**

- Die privatisierten Unternehmen haben ihre internationale Präsenz stark ausgebaut, sind finanziell gesund, profitabel und wettbewerbsfähig (siehe Chart zur DP).

- Das Management der privatisierten Unternehmen ist in den Genuss kräftiger Einkommenssteigerungen gekommen.

- Die Beschäftigten der privatisierten Unternehmen stehen unter deutlich stärkerem Druck – die Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab und versuchen, die Arbeitsbedingungen zu flexibilisieren und die Einkommen abzusenken.

- Die Kunden der privatisierten Unternehmen sehen sich einerseits mit einem „Rückzug aus der Fläche“ konfrontiert; andererseits profitieren vor allem Geschäftskunden von Rabatten und maßgeschneiderten Angeboten.

**Informationen zur Privatisierung – am Beispiel der Deutschen Post**

- Börsengang Deutsche Post im Jahr 2000 – im Jahr 2007 waren noch 30,5 % der Anteile im staatlichen Besitz.

- Die Privatisierung erfolgte unter den relativ günstigen Bedingungen eines partiellen Monopolschutzes – dies dürfte für künftige Privatisierungen zumindest in der EU nicht mehr gegeben sein!

- Veränderung von Unternehmenskennzahlen 2000 / 2007:
- Umsatz: 32,7 Mrd. € / 63,5 Mrd. €
- Auslandsanteil am Umsatz: 29,2 % / 60,6 %
- Eigenkapital: 4,0 Mrd. € / 11,1 Mrd. €
- Marktkapitalisierung: 11,1 Mrd. € (2002) / 28,4 Mrd. €
- Beschäftigung im Inland (Vollzeitkräfte): 227.092 / 191.732 (starker Personalabbau im Vorfeld der Privatisierung!)
- Vergütung Konzernvorstand insgesamt: 5,2 Mio. € / 15,7 Mio. €

### ***Privatisierungsplänen mit großer Skepsis begegnen!***

**Es gibt nach wie vor gute Gründe, Plänen zur Privatisierung von Postunternehmen mit großer Skepsis zu begegnen.**

- Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es Gewinner und Verlierer von Privatisierungen gibt. Die Beschäftigten und die Kunden in peripheren Regionen zählen tendenziell zu letzteren.

- Es existiert kein für alle Länder und alle Zeiten passendes Privatisierungsmodell. Die relativ erfolgreichen Privatisierungen von TNT und Deutscher Post lassen sich – unter schwieriger gewordenen Bedingungen (Wegfall der Monopole, verteilte Märkte) – wohl kaum kopieren.

- Ob sich Privatisierung – zumal unter Liberalisierungsdruck – verhindern lässt, ist fraglich; in jedem Fall muss sie sozial flankiert werden durch:

→ ein adäquates Regulierungsregime zur Sicherung der Qualität der postalischen Versorgung

→ den Einsatz der Gewerkschaften für die Interessen der Beschäftigten

→

**Für die Gewerkschaften des Postsektors stellt die Privatisierung – unabhängig von ihrer prinzipiellen Haltung – eine eminente Herausforderung dar.**

#### **Aufgaben**

→ Durchsetzung von Arbeitsplatzgarantien

→ Sicherung von Pensionen und sozialen Besitzständen

→ Regelung des Übergangs von öffentlichem Dienstrecht zu privatem Arbeitsrecht (Sonderproblem Beamte)

→ Vereinbarung von Aktienprogrammen für die Beschäftigten

→ Begrenzung von „Flexibilisierung“ und „Entsicherung“ der Arbeit

→ Erhaltung des Einflusses und Neuausrichtung der Gewerkschaft

#### **Instrumente**

→ Einflussnahme auf gesetzliche und sonstige Regelungen (z.B. Satzungen der Unternehmen)

→ Abschluss von kollektiven Vereinbarungen

→ Programmatische und organisatorische Reformen der Gewerkschaft (Ende der Präsentation)

### **Zweifel an Privatisierung**

Johanna Skuk: Der Manager eines privaten Postunternehmens hat offen gesagt: "Wenn ich die Leute ordentlich bezahlen soll, brauche ich gar nicht erst anfangen."

- Gewinn wichtiger als Allgemeinwohl
- Unternehmen muss Geldmaschine sein

Es gibt kein Modell, das für alle Länder gut wäre. In Österreich ist z. B. der Anteil der ländlichen Bevölkerung sehr hoch. In Polen ist das Briefaufkommen geringer als in Deutschland.

Deutsche Post seit 2000 an der Börse, Staat hält 30,5 %. Monopol wurde lange geschützt

### **Veränderungen bei Deutscher Post**

Umsatz	33	63,5 Mrd. Euro
Anteil des Auslandsumsatzes	29,2 %	60,6 %
Eigenkapital	4 Mrd. Euro	11 Mrd. Euro

## **Aspekte der Einführung der Post-Direktive**

**Alina Kepczynska, Juristin der Poczta Polska**, referiert über die Umsetzung der III. Direktive über die Reform der Postdienste in Europa.

**Vollständige Marktöffnung** für Postdienste ab 1. 1. 2011. Zwei Übergangsjahre für eine geschlossene Liste von 11 EU-Ländern. Anwendung des Gegenseitigkeits-Grundsatzes für diese zwei Jahre.

### **Universaldienst**

- bestehenden Universaldienst unbedingt landesweit zu erschwinglichen Preisen erhalten
- Verwaltung der Mitgliedsstaaten braucht mehr Berechtigungen für Monitoring des Universaldienstes (Rechte als Regulator).
- Die Bestimmung ex ante des Universaldienstleisters ist nicht mehr Pflicht.
- Für den Universaldienst kann man einen oder mehrere Unternehmen wählen.

### **Vollständige Öffnung und Finanzierung**

Der Universaldienst kann nicht mehr durch Erhalt eines reservierten Bereichs finanziert werden. Die Direktive enthält eine offene Liste mit Finanzierungsmöglichkeiten für die Nettokosten des Universaldienstes. Es gibt Hinweise zur Berechnung von Nettokosten, falls diese auftreten. Es gibt neue Lösungen für die Kooperation zwischen den Postdiensteanbietern, den Zugang zu den wichtigsten Elementen der Infrastruktur und zum Postnetz.

### **Preise**

Man ist entschieden kostenorientiert. Die Mitgliedsländer können einheitliche Tarife für individuelle Sendungen (aus wichtigen sozialen Gründen auch für andere Sendungen) festlegen. Für Blinde und Sehgeschwache sind Zuzahlungen und Porto-Befreiungen möglich.

### **Getrennte Buchhaltung**

Für einen effektiven Wettbewerb müssen die Systeme an die neue Lage angepasst werden.

### **Verbraucherschutz**

Für die Kunden aller Postdienst-Anbieter muss es klare und günstige Reklamationsmöglichkeiten geben.

### **Informationsfluss**

Die Anbieter müssen noch klarer und verständlich über seine Tätigkeit informieren. Der Regulator muss klare Rechtsgrundlagen für die Postdienste und ihre Datenerfassung schaffen.

### ***Welche Änderungen sind für die Poczta Polska am wichtigsten?***

- wie man zum Universaldienst verpflichtet wird
- wie der Universaldienst finanziert wird
- wie der Zugang zur Post-Infrastruktur geregelt wird
- wie die Definition Postunternehmen erweitert wird
- Grundsatz der Gegenseitigkeit

### ***Auferlegung der Pflicht zum Universaldienst***

Man will den Erhalt des Universaldienstes in seiner jetzigen Form. Da der Markt nicht alles von selbst regelt, muss man für bestimmte Sachen Auflagen schaffen. Sie betreffen:

- territoriale Abdeckung (je nach Anbieter Land bzw. Region)
- Vielfalt der Dienste
- ein oder mehrere Anbieter
- Aufhebung der Unterscheidung der Eigentumsform des Anbieters (öffentlich/privat)

### ***Methoden***

- öffentlicher Auftrag, Ausschreibung (suggeriert)
- Genehmigung
- nach anderen objektiven Kriterien, Wichtig sind Gleichbehandlung und Proportionalität, ohne Marktdeformierung (ex-post ansetzen/abstecken)

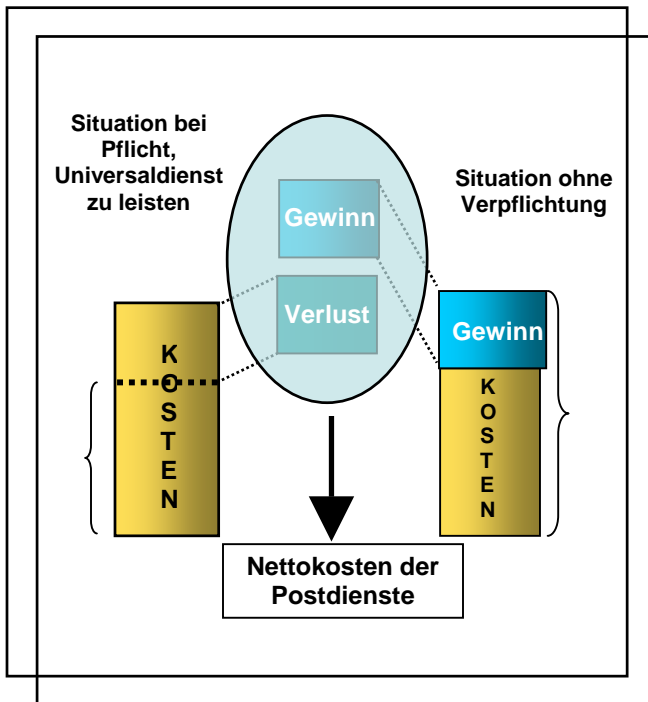
### ***Finanzierungsmöglichkeiten***

- Staatshilfe, Rekompensation, Ausschreibung
- Rekompensationsfonds
- Aufteilung der Kosten unter den Anbietern bzw. Nutzern (Ersatz, Pay or play: Entweder jemand leistet den obligatorischen Dienst oder er zahlt, damit ihn jemand anders leistet)
- andere EU-konforme Wege

### ***Was muss man wie finanzieren?***

- Nettokosten des Universaldienstes
- Landesregulator legt Art und Höhe der Finanzierung fest.
- Berechnung muss unter anderem sämtliche Marktvorteile für den als Universaldienstleister bestimmten Anbieter berücksichtigen. Er muss einen anständigen Gewinn erzielen können und angeregt werden, finanziell effektiver zu arbeiten.

## Nettokosten für Universaldienst (Grafik)



## Zugang zu Infrastruktur und Diensten

Der Zugang ist auf EU-Ebene nicht geregelt. Er kann also auf Landesebene geregelt werden, so dass die Kundeninteressen geschützt und effektive Wettbewerbsbedingungen ermöglicht werden. Der Zugang umfasst:

- das Postleitzahlen-System
- Adress-Datenbasen
- Schließfächer
- Briefkästen der Kunden (in Blocks hat oft nur Poczta Polska Schlüssel dazu)
- Adressenänderungen und Umleitungsdienste
- Rücksendungsdienste

## Postdienstleister

- Der Begriff „öffentlicher Anbieter“ verschwindet.
- Ein Postdienstleister ist eine Rechtsperson, die mindestens ein Glied in der Postkette anbietet: Annahme, Sortierung, Aushändigung (Transport zählt nicht dazu)
- Behörde UKE könnte mit Kontrolle von 166 oder mehr Postgesellschaften personell überfordert sein.
- Unternehmen von der Richtlinie erfasst, die bisher nicht als Postdienstleister eingestuft wurden
- Die Zusammenarbeit bedarf bezüglich der Verantwortung für die Etappen des Postdienstes einer Revision
- Der Regulator muss mehr Anbieter kontrollieren.

### **Grundsatz der Gegenseitigkeit**

Die Mitgliedsstaaten, die ihre reservierten Bereiche früher abschaffen, können zwischen dem 1. 1. 2011 und dem 31. 12. 2012 Anbietern aus anderen Ländern (sowie den von diesen kontrollierten Gesellschaften) das Anbieten von Universalpostdiensten verwehren.

### ***Vier mögliche Wege für die Poczta Polska***

1. Poczta Polska (PP) wird als einziger Universaldienstleister in Bezug auf Dienstumfang und das polnische Territorium bestimmt.
2. PP und andere Unternehmen leisten Universaldienste in bestimmten Gebieten;
3. PP und andere Unternehmen leisten bestimmte Dienste in bestimmten Gebieten
4. Der Regulator legt fest, wann Poczta Polska aufhört, Universaldienstleister zu sein. Finanzierung hängt davon ab, wie schnell Konkurrenz Zugang erhalten.

### ***Postkonkurrenz und Sahne-Abschöpfer***

Im liberalen Umfeld spielt die Finanzierung des Universaldienstes eine Schlüsselrolle. Sie hängt davon ab, wie schwierig der Zugang der Konkurrenz zum Markt ist, sowie vom so genannten cream-skimming (Sahne abschöpfen). Die Konkurrenz und das Rosinen-Picken werden begünstigt durch:

- Reife des Marktes: Entwicklung des „Direktmarketings“, langfristiges Trends beim Sendungsaufkommen
- Sendungen pro Kopf
- Größe des Marktes (Ein- und Ausstiegsbarrieren)
- Größe von Siedlungszentren, Zahl der Hochhäuser, Struktur der Siedlungen

### ***Soziale und finanzielle Lage der Poczta Polska***

Effektivitäts- und Qualitätswachstum beschränken:

- hohe Fixkosten für Infrastruktur, Ausgaben für Mitarbeiter, Soziales, Renten
- Einfluss der Gesellschaft auf die Umstrukturierung
- Preise der Postdienste, die in Polen im Vergleich zum Einkommen teuer sind

In Polen sind zu viele Filialen im Verhältnis zum Aufkommen (wenig Päckchen im EU-Vergleich)

In Polen geben Massenversender die meisten Sendungen auf. Auf 1 Einwohner entfallen jährlich 60 Briefe. In Deutschland und Frankreich 400. Die Poczta Polska erhält ihr Netz unabhängig vom Bedarf. Die meisten Sendungen werden von Massen-Versendern ausgegeben.

(Ende der Präsentation von Alina Kępczyńska)

### **Österreich: Stellenabbau lief ohne Entlassungen**

Beata Phangthong, Ver.di: Gewerkschaften scheinen in Polen gegeneinander zu wirken. Man muss sich für das gemeinsame Wohl zusammenraufen.

Joanna Szlag, Gewerkschafterin: Ich wollte Ministerialvertreter fragen, woher er seinen Optimismus nimmt. Wie haben Österreicher ihre Mitarbeiter im Privatisierungsprozess geschützt?

Johanna Skuk, UNI Post & Logistics: In Österreich wurde es das erste Mal kritisch. Bis 1996 waren Post und Telekom eins. Sie wurden in eine AG umgewandelt und aus dem Haushalt ausgegliedert. Das dauerte bis 1998. Die Postrichtlinien forderten die erste Anpassung: neues Rechnungssystem, Trennung zwischen Paket- und Briefdienst. Man hat 1000 Postämter geschlossen und einige Tausend Stellen gestrichen. Wir haben das bis heute ohne Kündigungen geschafft. Die Leute wurden in Pension geschickt. Dann wurde umstrukturiert, ohne neue Leute einzustellen. Seit 2003 haben wir drei Sozialpläne. Abfertigungsmodelle, Vorruhestandsmodelle und viele zusätzliche Vergünstigungen. Ohne diese Begleitmaßnahmen wäre dies nicht zu machen gewesen. Man muss sich darauf vorbereiten. Wir wussten viel nicht. Das betriebswirtschaftliche Wissen mussten wir uns erst aneignen. Wir haben uns von Wirtschaftsleuten beraten lassen, bis wir kompetente Leute in unseren Reihen hatten. Gewerkschaften müssen in Ausbildung von Gewerkschaftskadern investieren. Man braucht einen anderen Zugang. Einst dachten wir nur für die Arbeitnehmer. Dann mussten wir uns mit wirtschaftlichen Sachen auseinandersetzen. Wir fragen auch heute noch Spezialisten. Die muss man sich kaufen. Seit 2000 hatten wir kein Jahr, wo nicht umstrukturiert wurde, unabhängig von der Liberalisierung. Die Technik hat sich entwickelt. Neue Briefverteilzentren. Da muss man sich in Arbeitsmedizin auskennen. Sehr stark haben wir die Öffentlichkeit und die Politik sensibilisiert, welche Schwierigkeiten wir haben und das im breiten Feld diskutiert.

## **Deutsche Post hatte längere Zeit Monopol**

Claus Zanker, Stuttgart: In Deutschland lief es so. Arbeitsplatzsicherheit stand an erster Stelle. Die Privatisierung fiel in die Zeit der Wiedervereinigung. Es gab 100.000 DDR-Postler. Ein Drittel der Stellen wurde gestrichen. Man hat 100.000 Ost- und Westarbeitsplätze ohne Kündigung abgebaut. Kommende Woche (April 2008) Streik. Das Kündigungsschutzabkommen ist jetzt ausgelaufen, weshalb bald Streik droht. Es gab keine betriebsbedingte Kündigung. Alles ging über Vorruhestandsregelungen. Das lief in Deutschland unter einem Monopol. (In Polen ist der Markt offen.) Die Privatisierung setzte in Deutschland in den 80er Jahren ein und wurde 2000 abgeschlossen. Es gibt hier Staatsbedienstete im Beamtenstatus - im Staatsunternehmen. Man überlegte, wie Beamte für die Privatwirtschaft arbeiten können. Da tauchten Fragen auf wie: Kann ein privater Chef einem Beamten etwas vorschreiben, obwohl er gar nicht sein Vorgesetzter ist? Die Postler hatten wöchentlich 41 Stunden zu leisten, während für die Postbeamten ein Stundensatz von 38,5 Stunden galt. Solche Sonderregelungen laufen aus. Das war nur mit vielen Gesetzen, vielen Tarifverträgen und unter dem Monopol zu regeln.

## **Festnetz-Riese TP SA ist ein negatives Beispiel**

**Bogomil Nowicki, Solidarnosc:** Wir sind mit großer Hoffnung zum Treffen gekommen. Ungewisse Zukunft. Man muss immer Hoffnung haben. Polens größter Anbieter für Festnetz-Telefonie und Internet, Telekomunikacja Polska (TP) SA ist für mich ein sehr schmerzliches Thema (sie gehört zu 47,5 % der France Telecom, die Gebühren sind sehr hoch). Die TP SA-Leute hatten große Hoffnungen. Von 60.000 blieben

25.000 Mitarbeiter. Ihre Gewerkschaften sind sehr geschwächt. Service sehr schlecht im EU-Vergleich. Hier wurde zivilisatorisches Potenzial verschenkt. Breitband-Internet könnte allgemein zugänglich sein. Poczta Polska hat 100.000 Mitarbeiter, 46 Gewerkschaften plus Neugründungspotenzial für viele neue.

Seit 2005 wurde die Poczta Polska durch Umstrukturierung heruntergewirtschaftet. Durch den Staat. Ein Gesetz von 2008 ermöglicht Insolvenzen für Staatsbetriebe. Im Westen geht der Staat ganz anders heran. Dort will man Qualität erhalten sowie Jobqualität und Stellenanzahl sichern. Hier bin ich zu einem konservativen Liberalen geworden, weil mir der polnische Liberalismus nicht entspricht. In Polen denkt man an Kommerzialisierung wie an einen Fetisch. Als ob das der Firma nützen würde. Es braucht organisatorische Veränderung. Die Generaldirektion nutzt ihre Möglichkeiten nicht aus. Was uns nicht umbringt, macht uns stark. Vielleicht entwickelt sich ja etwas von selbst. Wir brauchen pünktliche Zustellung, kurze Schlangen in den Ämtern. Unsere Qualität hat sich dramatisch verschlechtert. Die Polen haben die Nutzung der Poczta Polska schon satt, obwohl wir noch nicht völlig liberalisiert sind. Man muss die Post erst gründlich verbessern und dann privatisieren. Uns hat bisher keiner die Privatisierung vorgeschlagen. Bisher ging es nur um "Kommerzialisierung" und "Verbesserung". In Polen sind Privatisierungen oft schlecht gelaufen. Es gab Korruption. Jetzt versuchen die nächsten Regierungen sich daran.

Wir wurden in den letzten Monaten perfekt vorbereitet. Wir müssen zustimmen - da EU-Direktive - ein Statut wurde uns aufgedrängt. Einst hatten wir einen Tarifvertrag. Jetzt weiß ich nicht, ob wir einen haben und ob wir einen neuen verhandeln müssen. Vor einigen Jahren waren wir noch konkurrenzlos und gut. Ein 250 mal kleinerer Konkurrent hat gegen uns keine Chance. Wir haben ein Streikreferendum veranstaltet. Die Belegschaft erwartet Veränderungen. 37 Gewerkschaften sind im Arbeitskampf. Der Generaldirektor sagt: Wegen der schwierigen Lage solltet ihr Gewerkschafter euch zurückhalten.

Das Herumbasteln an der Post ist riskant. Als Solidarnosc-Gewerkschafter fühle ich mich gegenüber Postmitarbeitern und Bevölkerung verpflichtet. Ich habe per Internet eingekauft und die Konkurrenz-Dienste kennen gelernt. Der Service war miserabel. Die Deregulierung könnte mit einem zivilisatorischen Rückschritt verbunden sein. Was wird aus den ländlichen Gebieten? Haben die Postler und die Polen diese Experimente verdient? Schlechter sollte es nicht werden.

**Slawomir Redmer, Chef der Gewerkschaft Pracownikow PP:** 46 Gewerkschaften haben nichts mit unserer Organisationslust zu tun, sondern mit dem Gesetz, das ab 10 Beschäftigten eines Betriebes die Gewerkschaftsgründung erlaubt. Diese Gewerkschaft muss in ihrem Statut erklären, dass sie landesweit agiert, auch wenn das dann nicht eintritt. Wir haben das kürzlich in unserer Wochenzeitung besprochen. 2005 gab es die Postreform durch den Direktor. Diese eine Person ist Arbeitgeber für 100.000 Leute. Neues Statut für Gewerkschaften.

2005 gab es ein Streikreferendum, wo es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um Reform ging. Es war falsch, dass wir damals als Gewerkschaft nicht gestreikt haben. Den Lohn zahlen wir dafür bis heute. Wir haben ständig Konzeptionsunterschiede in Bezug auf die Gewerkschaftsarbeit. Ich bin für ein Dienstleistungsmodell. Heute sehen wir, dass der Arbeitgeber sehr hohe Anforderungen stellt. Um ein Partner für den Arbeitgeber zu sein sowie Globalisierung und Privatisierung mitzugestalten, müssen wir uns mächtig qualifizieren. Ohne Beratung geht das nicht. Die Medien vermitteln ein falsches Bild von

den Gewerkschaften. Frau Prof. Kosek schrieb über das falsche Bild. Gewerkschaften gelten als aggressive Angreifer, die nur Forderungen stellen. Journalisten nähern sich oberflächlich. Presse und Wochenpresse auch. Es ist unsere Schuld, dass wir uns nicht besser darstellen.

David Ost (USA), schreibt "Ende des Kommunismus. Das Erbe der Gewerkschaften in Osteuropa". Auf Gewerkschaften kommen schwere Zeiten zu. Gewerkschafter müssen als Angestellte ihrer Gewerkschaft eine deutlichere Rolle spielen und professioneller arbeiten. Immer mehr junge Leute haben nicht unter dem Kommunismus gelebt. Auch unter den Post-Arbeitern gibt es viele junge Leute.

Noch einmal das Beispiel TP SA: Belegschaft schrumpfte von 76.000 auf 18.000. Dort kämpft die Gewerkschaft heute um den Status "repräsentative Gewerkschaft". Den hat sie nur, wenn sie 10 % der Belegschaft repräsentiert.

Unser größter Fehler der letzten Jahre war ein mangelndes Sozialpaket. Sollen wir schon eine Arbeitsgruppe bilden? In Polen gibt es zyklische Konflikte. 2006 Streikwelle. Heute wieder.

Postler sind gegen strategischen Investor, weil die TP SA mit der France Telecom schlechte Erfahrungen gemacht hat. Arbeitgeber und Gewerkschaften misstrauen sich. Es gab Fouls. Regierung und Politiker: Gewerkschaften werden mit Parteien assoziiert (OPZZ mit den Linken und ehemaligen Kommunisten, Solidarnosc mit den Rechten, zumal sie in den 90er Jahren Regierungsverantwortung übernahm). Wir brauchen Dialog, einen Runden Stuhl und ein klares Programm. Dann wird es leichter.

**Krzysztof Getka, FES:** Bei der Post-Liberalisierung 10 bis 20 % Personalabbau je nach Land. Damit muss auch Polen rechnen. Lohnentwicklung.

Joanna Szlag: Da uns das Parlament das Insolvenzgesetz für Staatsbetriebe beschert hat, brauchen wir keine Überbrückungsrenten zu erwarten. Ich glaube nicht daran. (Der Staat kann jetzt Staatsunternehmen, in dem die Mitarbeiter seiner Meinung nach überzogene Forderungen stellen, dicht machen.)

## **Erwartungen von Bürgergesellschaft und Politik**

**Lukasz Zbonikowski (Sejm-Abgeordneter der Recht und Gerechtigkeit, PiS):** Mein Thema: Erwartungen der Bürgergesellschaft und der Politik. Kunde zahlt gern mehr, wenn er dafür ordentliche und pünktliche Zusendung bekommt. Werbesendungen ohne Adressen versendet die Post nicht so zuverlässig, obwohl es dafür viele Auftraggeber gäbe. Post sieht nicht so gut aus, hat aber große Entwicklungschancen. Post ist Staatsvermögen. Regierung sollte nicht nur über Besitzform und Rechtsform nachdenken, sondern in die Postorganisation eingreifen bzw. ihre bessere Organisation und höhere Wirtschaftlichkeit anregen. Das darf man nicht allein dem Postmanagement überlassen. Hat tolles Netz. Die Gewerkschaften sind etwas Positives. Manchmal kümmern sie sich mehr um das Wohl des Unternehmens als der Vorstand. Je klarer die Vision der Gewerkschaften, umso leichter kann sie durchgesetzt werden. PiS hat gegen Insolvenz-Gesetz (für Staatsunternehmen) protestiert. Ich bin gegen Privatisierung einer schlecht laufenden Gesellschaft. Man sollte gute Manager einsetzen, das Unternehmen verbessern und erst dann über die Kommerzialisierung entscheiden. Zurzeit würde die Poczta Polska zu billig verkauft werden. Man darf nicht auf Krampf privatisieren.

## ***Bei Klecker-Firmen Play-or-Pay-Fonds kaum machbar***

**Karol Krzywicki, Amt für Elektronische Kommunikation, UKE:** Die Vorsitzende unserer Behörde, Anna Strzezynska, ist ein Profi. Ich schätze sie. Es gab keine Konflikte mit der Post. Mit der Regierung schon. Die Post hat bis zum Streik 2006 über der Norm gute Dienste geleistet. (Clemens Rode berichtet von hoher Personal-Fluktuation in den Sortierzentren.) TP SA ist Negativ-Beispiel für Privatisierung.

Der zuständige Minister hat uns zur Mitarbeit am Postgesetz eingeladen. Wir haben kürzlich auf einer Werkstatt in unserer Behörde mit Postgewerkschaftern über die Definition von "Universaldienst" diskutiert. Die Bildung eines Ersatzfonds ist kompliziert bei so vielen kleinen Anbietern. (Hier sind Zahlungen an den Universaldienstleister gemeint: play or pay) Die Poczta Polska wird auch nach Liberalisierung die stärkste Position haben.

## ***Kunden klagen über Unpünktlichkeit***

**Slawomir Ulatowski, Rechtsberater der Verbraucher-Föderation (Federacja Konsumentow):** Wir erstellen Rechtsgutachten. Meistens beschwerten sich die Kunden über Unpünktlichkeit. Sendungen gehen selten verloren. Manchmal wurden Einschreiben nicht zugestellt, obwohl die Kunden zu Hause waren. Vor Gericht kann man erst nach Abschluss des Reklamationsverfahrens ziehen. Das ist wahrscheinlich verfassungswidrig. Es steht die Frage, ob mehr Konkurrenz mehr heilige Kühle schafft, die ebenfalls keine Entschädigung zahlen müssen. Für Gericht zählt Einzahlung. Wenn das Geld nicht ankommt, bin ich nicht versichert. Post zahlt als Entschädigung das 50fache des Portos (Einschreiben 6 Zloty, Entschädigung 300 Zloty). Oft wird die Post mit der TP SA verglichen. Die TP SA erzielt hohe Gewinne. Ihr Service wird schlechter. Beschwerden haben aber sehr abgenommen. Eine polnische Telekomgesellschaft wird in Brüssel als Beispiel für niedrige Roaming-Kosten positiv erwähnt. Keiner wechselt so oft den Anbieter wie der Pole. Auf dem Postmarkt sehe ich kein Problem für Fonds, in den alle Postgesellschaften einzahlen müssen, um die Universalversorgung zu garantieren.

## ***Schaut UKE bei Machenschaften von InPost nur zu?***

**Slowomir Redmer:** Postler haben Vorbehalte gegen UKE. Warum merzt UKE nicht Unterlaufen des "Postmonopols auf Sendungen bis 50-Gramm" aus? InPost beschwert Briefe künstlich. Ist der Regulator schwach oder das Gesetz?

Antwort: Das künstliche Beschweren der Briefe ist nicht ausdrücklich verboten. Wir wissen nicht, was in den Briefen drin ist. Alle Anbieter müssen gleich behandelt werden. Wenn der sagt, er muss den Inhalt des Kuverts durch eine zusätzliche Einlage sichern, müssen wir ihm das glauben. Vielleicht fiel die Entscheidung zu InPost günstig aus, weil dieser Anbieter erst am Anfang war.

In Rybnik hatte der private Postdienstanbieter Antoni Bodach illegal eigene Briefmarken produziert. Er wurde abgemahnt und hat die Höchststrafe bekommen.

**Krzysztof Getka, FES:** Regierung hat jetzt ein Programm mit einer klaren Richtung. Das UKE arbeitet effektiv. Der NGO-Sektor ist stärker entwickelt. Für die heutige Diskussion hatte sich Janusz Piechoczynski (PSL) fest angemeldet.

Themenvorschlag: Wie kann man das Image der Gewerkschaften und ihre Medienpräsenz ändern?

## **Werkstatt: Dienstag, 22. April 2008, Warschau**

**9 polnische Teilnehmer, Johanna Skuk - UNI Österreich, Claus Zanker - Stuttgart, Krzysztof Getka und Clemens Rode - FES**

### **Resolution - Stichworte**

Entlassungen, neue Chefs, Umsetzungen, Sozialprogramme, Absicherung der Beschäftigten, Gewerkschaften verlangen seit über 5 Jahren Dokument über Personalentwicklung (strategie zarzadzanie ludzi), Vorruhestand, Rechte auf Mitarbeiter-Aktien (für 3. Etappe der Privatisierung), Trennung von Kommerzialisierung und Privatisierung, Monopol unbedingt bis 2013 verlängern, Strukturen der Post ordnen (jetzt sind sie zerschlagen), Konsolidierung und Vorbereitung für Marktöffnung; Definition von "Finanzierung des Universaldienstes", Szenarien durchspielen; sozialen Dialog praktizieren - Sozialfragen, Gewerkschaftsstrukturen straffen, Gemeinsamkeiten suchen (ordentliche Jobs sichern), Plattform für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften schaffen, ungewöhnliche Beschäftigungsformen; Service und Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Löhne anheben, Garantie der Beteiligung der Gewerkschaften an der Privatisierung bzw. Umgestaltung, Gewerkschaften sollten Informationsstrategie erarbeiten auch gegenüber Medien.

Clemens Rode: Klare Relation, hohe Fluktuation und hohe Zahl prekär Beschäftigter, Zeitarbeiter, Kündigungsschutz, bei Leuten, die vier Wochen dabei sind, hat man keine Produktivitätsreserven, Wir dürfen nicht nur an die Stammebelegschaft denken, sondern müssen auch die Zeitarbeiter berücksichtigen.

Johanna Skuk: Bei Österreichischen Post nehmen sie Leiharbeiter auf, und parken Beamte in Karriere- und Entwicklungszentrum zur Qualifizierung (für neue Aufgaben). Teilweise wurden Leiharbeiter hinter dem Rücken der Gewerkschaften aufgenommen. Damit verbessert man die Bilanz, weil es weniger Festangestellte und geringere Lohnkosten gibt. Dagegen haben wir verhandelt und gleichzeitig den Skandal an die Presse gegeben. Die bezahlen langjährige Mitarbeiter weiter und stellen junge Billig-Leiharbeiter an. Wenn das so weiter geht, veröffentlichen wir Manager-Daten, und dann steht die Bude. Ein anderer Punkt: Der Posttransport erfolgt mit privaten Frächtern zu ganz niedrigen Preisen. Diese Frächter müssen sich selbst versichern, sie bekommen wenig Geld und müssen ihre Fahrzeuge selbst stellen. Das passiert alles bei uns in Österreich. Wenn so etwas in Polen passiert, müssten alle Gewerkschaften unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung dagegen vorgehen. Ihr müsst Vorurteile gegenüber Arbeitnehmern und Gewerkschaften abbauen. Auch Berater nehmen ihr Wissen oft von Mitarbeitern, da sie sich am besten auskennen. Oft könnten die Mitarbeiter auch selbst als Berater ihres Unternehmens tätig werden. Aber wenn es jemand von außen sagt, hat es mehr Gewicht.

Wettbewerb ist nur dann schlecht, wenn er ungleich ist. Wir - Unternehmen und Gewerkschaften - wollen das fair geregelt haben.

## ***Warum nicht Schocktherapie für die Post?***

Adam Warpas: 2011 ist nicht zu früh für die völlige Liberalisierung geht. Der Staat ist für den Universaldienst verantwortlich, nicht die Post. Wir könnten ja 60 % der Filialen schließen und nur dort arbeiten, wo es Gewinn bringt.

Johanna Skuk: Die Österreichische Post muss den Universaldienst erbringen. Der reservierte Dienst bringt Geld für den Universaldienst.

Joanna Szelag: Ich wünsche die Liberalisierung möglichst spät.

**Lidia Gos, Solidarnosc:** Weder Post noch Ministerium sind zu Liberalisierung nach gesunden Grundsätzen fähig. Sie sind für eine Schocktherapie und glauben an die Selbstregulierung des Marktes. Vielleicht schaffen wir es selbst dann nicht, wenn die Liberalisierung 2013 erfolgt. Ich finde die Gewerkschaften zu schwach. Sie müssen raus gehen.

## ***UNI Post & Logistic hilft gern mit Spezialisten***

Johanna Skuk: Ihr müsst eine einheitliche gewerkschaftliche Meinung haben. Wir wussten damals auch nicht, was die Österreichische Post wollte. Es gab ein Poststrukturgesetz, wo die grobe Möglichkeit der Privatisierung für möglich erachtet wurde. Die Vorstände haben ihre Pläne nicht freiwillig rausgerückt. Wir waren auch nicht richtig darauf rechtlich und betriebswirtschaftlich eingestellt. Was brauchen wir für die Leute, die durch Postamt-Schließungen und sinkende Aufträge in Sortierzentren übrig bleiben? Wir haben uns verbündete Journalisten gesucht, die die Lage wahrheitsgemäß darstellen. Wir haben Pressekonferenzen zum Thema veranstaltet. Und alles aufbereitet. Die Privaten wissen wie es geht. Ein Unternehmen mit solchen Ressourcen darf nicht an die Wand gefahren werden. Wir hatten eine Beamtenpost: 30.000 Leute, Sicherheit. Auf die Liberalisierung waren wir als Gewerkschaft auch nicht vorbereitet. Man muss sich intern schlau machen. Was ist, wenn 10 % der Postämter geschlossen oder 10 % der Leute entlassen werden? Kann ich die versetzen? An Entlassungen führt - egal wie stark die Gewerkschaften sind - kein Weg vorbei. Die Gewerkschaft braucht Leute, die sich gut im Dienstrecht auskennen. UNI Post & Logistics hat auch Spezialisten. Wir können Euch UNI-Experten schicken und Fachdetails diskutieren.

## ***Subunternehmen mindern die Qualität***

**Direktor Marek Borowicz:** Ich fühle mich nicht kompetent, obwohl ich zur Führungsspitze gehöre. Ich habe am Personal-Dokument gearbeitet, kenne aber nicht dessen Details. Die Post ist in einer schwierigen Marktlage: Markt wächst, einige Dienste sind unrentabel. Die Beschäftigung von Subunternehmen durch die Poczta Polska passiert hauptsächlich in Warschau, senkt aber die Qualität. Wenn man auf diese Beschäftigungsform verzichten kann, sollte man es tun.

**1 bis 4 %** Rentabilität haben die EU-Postdienste

Poczta Polska entlässt zurzeit keine Leute

2005 hat Post-Reform angefangen, ist unglücklich gelaufen, sie dauert noch  
Sicherheit und Pünktlichkeit werden immer schlechter

Firmen wechseln zu anderen Firmen, nicht wegen der Preise, sondern wegen der Qualität  
Ohne Qualitätsverbesserung werden wir es schwer auf diesem Markt haben.

Joanna Szlag: Es ist ein Zentrum entstanden, das Sie, Herr Direktor, lobenswerterweise mit aufgebaut haben. Alle Direktoren sagen, dass sie nichts machen können. Das schürt den sozialen Unfrieden.

Krzysztof Getka: Junge Mitarbeiter dürfen in eventuell entstehendem Sozialvertrag nicht vernachlässigt werden.

Andrzej Pierkowski: Leute mit 25-jähriger Betriebszugehörigkeit wandern jetzt ab. Dadurch verlieren wir ihre Erfahrungen.

## **Pressemeldung der FES**

### **Gewerkschafter fordern größeren Einfluss auf die Gestaltung der Reform des Postdienst-Sektors**

Die UNI Postal & Logistics und die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützen die polnischen Gewerkschaften in ihrem Bemühen, Einfluss auf die Gestaltung der Veränderungen im Postdienst-Sektor zu erlangen.

**Warschau, 23. April 2008.** Der Gewerkschafter der Zukunft wird nicht in erster Linie an der Streikfront kämpfen. Er wird nicht mehr derjenige sein, der nur dagegen protestiert, was das Management wieder einmal verzapft hat, und der sich mit dem Megaphon in der Hand mit dem Vorstand duelliert. Der Gewerkschafter von Morgen kennt sich aus in Betriebswirtschaft, Recht, Management und Marketing oder hat zumindest gute Berater und Expertisen. Er wartet nicht darauf, was "die da oben" entscheiden, sondern hat selbst eine Strategie, wie sich das Unternehmen wirtschaftlich und sozial entwickeln soll.

Wenn zum Beispiel die Generaldirektion der Poczta Polska von ihren 100.000 Mitarbeitern ein Teil entlassen will, um für die völlige Liberalisierung der Postdienste fit zu sein, dann wird dieser Gewerkschafter nicht als erstes mit Generalstreik drohen, sondern einen Gegenvorschlag machen, eigene Berechnungen darüber vorlegen, wie viel Leute die Poczta Polska zukünftig beschäftigen müsste, einschließlich der zu realisierenden Aufgaben und Arbeitsbedingungen. Er stellt ein Sozialpaket für die vor, die so eine Reduktion betreffen würde.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte mit der Internationalen Konföderation der Postgewerkschaften UNI Postal & Logistics die polnischen Gewerkschaften begleiten beim Erlangen eines größeren Einflusses auf die Form der geplanten Veränderungen im Postdienstsektor. Daher hat sie am 21. und 22. April 2008 in Warschau eine Konferenz zum Thema " Reform der polnischen Postdienste im Rahmen der EU-Richtlinien" organisiert. An der Konferenz nahmen teil: Vertreter von Regierung (Unterstaatssekretär im Ministerium für Infrastruktur: Maciej Jankowski), Parlament, den wichtigsten Post-Gewerkschaften, Amt für Elektronische Kommunikation UKE sowie vom Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz UOKiK. Die Vertreterin von UNI Post & Logistics, Johanna Skuk, stellte Erfahrungen bei der Liberalisierung von Postdiensten anderer Länder vor. Generell hat die Liberalisierung und Privatisierung zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zu niedrigeren Löhnen und einer schlechteren Qualität geführt. Z. B. wurden unrentable Postämter geschlossen. Zu den Mitglieder der UNI Post & Logistics gehört unter anderem die überbetriebliche Gewerkschaft NSZZ "Solidarność" in der Poczta Polska. Die UNI Post & Logistics agiert weltweit und hilft auch polnischen Gewerkschaftern.

Am zweiten Tag der Konferenz haben Gewerkschafter von Solidarnosc und OPZZ eine Deklaration verfasst und sich damit an die Öffentlichkeit und die Direktion der Poczta Polska gewandt. Darin fordern sie unter anderem:

- eine klare Vision für die weitere Entwicklung des Unternehmens
- eine Verschiebung der völligen Liberalisierung von 2011 auf 2013
- die Trennung von Kommerzialisierung und Privatisierung
- die Ausarbeitung einer Strategie über die Personalentwicklung
- und vor allem die Garantie, dass die Gewerkschaften beim Veränderungsprozess in der Poczta Polska beteiligt werden.

Die Konferenzmaterialien befinden sich auf Deutsch und Polnisch auf der Internet-Seite der Friedrich-Ebert-Stiftung unter der Rubrik Maßnahmen und dem Monat 2008.

[www.feswar.org.pl](http://www.feswar.org.pl)

## **Erklärung von Pracownikow PP und Solidarnosc**

Presseinformation: Die Kommerzialisierung der Poczta Polska, die Liberalisierung der Postdienste und die Folgen der geplanten Änderung für das Unternehmen und seine Mitarbeiter vor dem Hintergrund der Lage in anderen EU-Ländern waren die Hauptthemen einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung, die am 21. und 22. April 2008 in Warschau organisiert wurde.

Die an ihr teilnehmenden Vertreter der größten in der Poczta Polska agierenden Gewerkschaften (NSZZ "Solidarnosc" und ZZ Pracownikow Poczty) haben sich auf folgende Stellungnahme geeinigt:

1. Polens Postmarkt ist mit seinen Postdiensten nicht auf die völlige Liberalisierung vorbereitet. Daher ist es unumgänglich, den Termin seiner völligen Öffnung auf das Jahr 2013 zu verschieben. In dieser Zeit sollten wirksame Mechanismen entwickelt und eingeführt werden, die die Realisierung eines Universaldienstes, insbesondere die Wahl des Anbieters und die Art seiner Finanzierung, garantieren.

2. Unerlässlich ist die Annahme einer transparenten Strategie für die Entwicklung der Poczta Polska, welche die weiteren Entwicklungsetappen beschreibt, die eine Ordnung der inneren Strukturen des Unternehmens und die Erarbeitung der Richtung seiner Tätigkeit ermöglichen. Das gestattet eine - auch innerhalb der Poczta Polska erwartete - Verbesserung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der Dienste. Ein Element dieser Ziele ist die Notwendigkeit einer Garantie für ein entsprechendes Lohnniveau, welches erlaubt, die besten und am besten qualifizierten Mitarbeiter zu halten.

3. Ein weiteres Mal muss betont werden, dass das Gesetz über die Kommerzialisierung der Poczta Polska ein schlechtes und für die Reformbedürfnisse des Unternehmens nicht adäquates Dokument ist. Es berücksichtigt unter anderem nicht die mehrfach gestellten Anträge und inhaltlichen Postulate der Sozialpartner. Notwendig sind ein genauer Zeitplan für die Eigentumsänderungen der Poczta Polska und die soziale Absicherung der Arbeitnehmer.

Die Durchführung der Änderungen und das Ergreifen unbedingt notwendiger Verbesserungsmaßnahmen sind ausschließlich im Geiste und im Rahmen eines tatsächlichen Dialogs mit den Sozialpartnern möglich.

Warschau, 23. April 2008

Bogumil Nowicki  
Überbetriebliche

Friedrich-Ebert-Stiftung

Slawomir Redmer  
Gewerkschaft der

## **Gewerkschaften an den Post-Generaldirektor**

An Herrn  
Andrzej Polakowski  
Generaldirektor  
PPUP Poczta Polska

Sehr geehrter Herr Direktor,

die Regierung der Republik Polen beabsichtigt, die Poczta Polska zu kommerzialisieren und den Postmarkt zu liberalisieren. Zu diesem Thema wurde am 21. und 22. April 2008 in Warschau eine internationale Konferenz veranstaltet. In Anbetracht des enormen wirtschaftlichen und sozialen Ausmaßes dieser Unternehmung wenden sich die Teilnehmer dieser Konferenz mit der Aufforderung an Sie, in folgenden Bereichen entsprechende Maßnahmen einzuleiten:

1. Stellen Sie den Mitarbeitern der Poczta Polska eine Entwicklungsstrategie angesichts der anstehenden Änderungen vor. Besondere Berücksichtigung verlangt die Verbesserung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der geleisteten Dienste.
2. Stellen Sie den Mitarbeitern die Änderungspläne für die Organisationsstruktur des Unternehmens und die sich daraus ergebenden Änderungen der Gefahren für die Mitarbeiter sowie für das Beschäftigungs- und Lohnniveau vor.
3. Erarbeiten Sie in Abstimmung mit den entsprechenden Sozialpartnern soziale Garantien, die sich nach dem Grad der Veränderungen richten.

Die Konferenzteilnehmer erinnern daran, dass ein gut geführter Sozialdialog im Unternehmen Anspannungen und Konflikten vorbeugt, die Lösung von Problemen fördert und ein positives Image von der Poczta Polska schafft.

Warschau, 22. April 2008

Bogumil Nowicki  
Überbetriebliche Gewerkschaft  
NSZZ Solidarnosc der Mitarbeiter der  
Poczta Polska

Slawomir Redmer  
Gewerkschaft der Mitarbeiter der  
Poczta Polska

## **Abschlussworte**

Slawomir Redmer, Gewerkschaft Pracownikow PP: Das Treffen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat meinen Horizont sehr erweitert und uns sehr geholfen.

Johanna Skuk, Österreich: Ich habe in diesen anderthalben Tagen viel von Euch gelernt. Diese Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Ländern sind da, und man muss öfter darüber reden.

Claus Zanker, Stuttgart: Es war eine besondere Erfahrung, die Probleme der polnischen Kollegen kennen zu lernen.

Clemens Rode, FES: Wir sind als Gewerkschaften gefordert, unternehmerisch zu denken.  
Man kann Arbeitskoalitionen unter Gewerkschaften bilden.  
22. April 2008, 11.30 Uhr

erstellt für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Achim Baatzsch, Stand 12. Mai 2008